

Auszug aus dem substanziellen Protokoll 152. Ratssitzung vom 12. Dezember 2012

3404. 2012/345 Weisung vom 19.09.2012: Voranschlag (Budget) 2013

Die Budgetberatung wird fortgesetzt (vergleiche Sitzung Nr. 151 vom 12.12.2012, Protokoll-Nr. 3404/2012).

Beschlüsse:

PRÄSIDIALDEPARTEMENT

Antrag 046.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Dr. Daniel Regli (SVP): Das Präsidialdepartement verlangt zusätzlich 80 000 Franken für Raumkosten zur Überweisung an die IMMO. Der Bedarf ist zwar ausgewiesen, unseiner Meinung nach aber nicht unbedingt zwingend. Der Mietpreis für die Loge für den Sicherheitsmann im Stadthaus ist mit 3000 Franken pro Monat eher hoch angesetzt. Auch die Doppelbelegung der zwei zusätzlichen Büros scheint uns nicht zwingend. Die Sparanstrengungen sollten auch im Präsidialdepartement ankommen. Der Betrag soll um 53 700 Franken auf die Rechnung 2011 zurückgekürzt werden.

Samuel Dubno (GLP): Es geht einerseits um Sicherheitskosten, die anteilmässig den verschiedenen Dienstabteilungen verrechnet werden. Andererseits geht es um zwei zusätzliche Arbeitsplätze, die bereits im Budget 2012 hätten enthalten sein sollen, dort aber nicht berücksichtigt wurden. Wir halten den beantragten Betrag für gerechtfertigt.

2 / 66

S. 117	15 1500 3913 0000	PRÄSIDIALDEPARTEMENT Präsidialdepartement Zentrale Verwaltung Vergütung an IMMO für Raumkosten			
		Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
046.	Antrag Stadtrat			518 300	Mehrheit
		53 700		464 600	Minderheit
					Samuel Dubno (GLP) Referent, Vizepräsidentin Rebekka Wyler (SP), Walter Angst (AL), Andrea Nüssli-Danuser (SP), Karin Rykart Sutter (Grüne), Christine Seidler (SP), Florian Utz (SP) Dr. Daniel Regli (SVP) Referent, Präsident Roger Liebi (SVP), Dr. Urs Egger (FDP), Urs Schmid (FDP)
		Begründung: Retour auf Rechnung 2011			

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 71 gegen 39 Stimmen zu.

Antrag 047.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Dr. Daniel Regli (SVP): Beantragt werden 85 200 Franken für den Ausbau von Kommissionen und Kulturförderung. Es geht hier um acht Kommissionen, die 220 000 Franken pro Jahr kosten. In der Stadt gibt es gesamthaft 39 solche Kommissionen mit Hunderten von Mitgliedern. Dass drei städtische Mitglieder durch drei externe ersetzt werden sollen, überzeugt uns nicht. Es steht nirgendwo, dass Mitgliedersitze zwingend ersetzt werden müssen. Einzelne Kommissionen sind nicht mehr besetzt und ruhen, bis sie wieder besetzt werden. In der Liste der Kommissionen sind zusätzliche Begründungen für den Kredit ersichtlich. Es gibt ein zusätzliches Mitglied in der Theaterkommission und Ressortleitungen, die bisher nicht bezahlt wurden, werden künftig bezahlt werden. Wir möchten auf die Rechnung 2011 zurückgehen und beantragen eine Kürzung von 44 900 Franken.

Samuel Dubno (GLP): Die Kosten resultieren aus einer sinnvollen Reorganisation in der Kulturabteilung. Die Kulturkommissionen und die Verwaltung sollen künftig getrennt werden. Diese Massnahme scheint uns sehr sinnvoll. Zusätzlich werden neue Spesen auf diesem Konto verbucht, was auch zu einer Reduktion auf dem Konto 3170 in dieser Dienstabteilung führt.

S. 118	15 1501 3001 0000	PRÄSIDIALDEPARTEMENT Kultur Vergütungen an Behörden und Kommissionen				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
047.	Antrag Stadtrat				220 500	Mehrheit
			44 900		175 600	Minderheit
						Samuel Dubno (GLP) Referent, Vizepräsidentin Rebekka Wyler (SP), Walter Angst (AL), Andrea Nüssli-Danuser (SP), Karin Rykart Sutter (Grüne), Christine Seidler (SP), Florian Utz (SP) Dr. Daniel Regli (SVP) Referent, Präsident Roger Liebi (SVP), Dr. Urs Egger (FDP), Urs Schmid (FDP)
			Begründung: Retour auf Rechnung 2011			

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 79 gegen 43 Stimmen zu.

Antrag 048.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Ruth Anhorn (SVP): Bei diesem Konto sollen 12 000 Franken mehr als im Vorjahr ausgeben werden. Gemäss Begründung ist der Betrag von den geplanten Ausstellungen im Museum Helmhaus und im Museum Strauhof abhängig. Unserer Meinung nach sollte es durchaus möglich sein, einfachere Ausstellungen zu planen. Wir beantragen eine Kürzung um 6000 Franken. In der momentanen Lage muss es möglich sein, dieses Geld einzusparen. Das Sparen beginnt im Kleinen.

Samuel Dubno (GLP): In den vorhergehenden Anträgen wurde argumentiert, man solle retour auf die Rechnung 2011 gehen. Hätte die Begründung auf diesem Konto ebenso gelautet, hätte dies eine Verschlechterung von 27 000 Franken bedeutet. Aus dieser Perspektive scheint uns der Betrag von 15 500 Franken angemessen.

4 / 66

S. 119	15 1501 3117 0000	PRÄSIDIALDEPARTEMENT Kultur Anschaffungen Museums- und Ausstellungsgegenstände				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
048.	Antrag Stadtrat				15 500	Mehrheit
			6 000		9 500	Minderheit
			Begründung: Ausstellungskosten einsparen			
						Samuel Dubno (GLP) Referent, Vizepräsidentin Rebekka Wyler (SP), Walter Angst (AL), Dr. Urs Egger (FDP), Andrea Nüssli-Danuser (SP), Karin Rykart Sutter (Grüne), Urs Schmid (FDP), Christine Seidler (SP), Florian Utz (SP) Dr. Daniel Regli (SVP) Referent, Präsident Roger Liebi (SVP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 98 gegen 24 Stimmen zu.

Antrag 049.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Margrit Haller (SVP): Die SVP beantragt, den Betrag von 860 800 Franken um 57 800 Franken zu kürzen. Die Mehrausgaben gehen auf eine Motion der Grünen aus dem Jahr 2008 zurück, aus der eine Weisung resultierte, durch die 486 000 Franken für Kulturschaffende bewilligt wurden. Die SVP und FDP waren bereits damals dagegen. Die SVP lehnt den aus der Weisung erfolgten Mehraufwand für Ateliers und Wohnungen von 57 800 Franken ab und beantragt dem Stadtrat nochmals, bei anderen Positionen zu reduzieren.

Samuel Dubno (GLP): Die Ausgaben gehen tatsächlich auf eine Weisung zurück, die aus einer Motion entstanden ist. Das ganze würde Mehrkosten von rund 194 000 Franken ergeben. Dank Einsparungen auf anderen Posten konnten wir diese Kosten reduzieren. Deshalb scheint uns der eingestellte Betrag gerechtfertigt.

5 / 66

S. 119	15 1501 3160 0000	PRÄSIDIALDEPARTEMENT Kultur Miete und Pacht von Liegenschaften				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
049.	Antrag Stadtrat				860 800	Mehrheit Samuel Dubno (GLP) Referent, Vizepräsidentin Rebekka Wyler (SP), Walter Angst (AL), Dr. Urs Egger (FDP), Andrea Nüssli-Danuser (SP), Karin Rykart Sutter (Grüne), Urs Schmid (FDP), Christine Seidler (SP), Florian Utz (SP)
			57 800		803 000	Minderheit Dr. Daniel Regli (SVP) Referent, Präsident Roger Liebi (SVP)
			Begründung: Zusätzliche Mietkosten einsparen			

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 97 gegen 26 Stimmen zu.

Antrag 050.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Dr. Thomas Monn (SVP): Die SVP stellt den Antrag, den Beitrag von rund 100 000 Franken um 20 000 Franken zu kürzen. Wir erachten es angesichts der düsteren Finanzlage der Stadt Zürich als unnötig, dass Angestellte des Präsidialdepartements auf Kosten des Steuerzahlers nach San Francisco reisen. Zudem brachte die Städtepartnerschaft mit San Francisco bisher nicht allzu viel. Die SVP lehnt auch weitere Aktivitäten im Zusammenhang mit dem 10-jährigen Jubiläum ab.

Samuel Dubno (GLP): Man kann über diese Reise verschiedener Auffassung sein. Wir haben auf diesem Konto eine pauschale Kürzung verabschiedet. Es ist gut möglich, dass der Stadtrat zum Schluss kommt, dass es sich hier um eine der Reisen handelt, die gestrichen werden könnte. Nichtsdestotrotz ist die Mehrheit der Meinung, dass der Betrag auf diesem Konto so angenommen werden kann.

6 / 66

S. 120	15 1501 3170 0000	PRÄSIDIALDEPARTEMENT Kultur Reise- und Spesenentschädigungen des Personals				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
050.	Antrag Stadtrat				100 700	Mehrheit
			20 000		80 700	Minderheit
						Samuel Dubno (GLP) Referent, Vizepräsidentin Rebekka Wyler (SP), Walter Angst (AL), Dr. Urs Egger (FDP), Andrea Nüssli-Danuser (SP), Karin Rykart Sutter (Grüne), Urs Schmid (FDP), Christine Seidler (SP), Florian Utz (SP) Dr. Daniel Regli (SVP) Referent, Präsident Roger Liebi (SVP)
			Begründung: Reise nach San Francisco ist keine städtische Kulturaufgabe			

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 96 gegen 26 Stimmen zu.

Antrag 051.

Kommissionsreferent:

Samuel Dubno (GLP): *Wir erachten die Reorganisation in der Kulturabteilung durchaus als sinnvoll. Bei der Erarbeitung der Reorganisation wurde bereits Geld für Dritte ausgegeben. In der Kulturabteilung sind ungefähr 30 Mitarbeitende tätig. Eine Reorganisation, die über Anweisungen umgesetzt werden kann, benötigt keine externe Unterstützung in Form von Organisationsentwicklung. Der Betrag kann gestrichen werden.*

S. 120	15 1501 3186 0000	PRÄSIDIALDEPARTEMENT Kultur Entschädigungen für Dienstleistungen Dritter im Zusammenhang mit Projektbegleitung, -beratung und Organisationsentwicklung				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
051.	Antrag Stadtrat				50 000	
			50 000		0	Zustimmung
						Samuel Dubno (GLP) Referent, Präsident Roger Liebi (SVP), Vizepräsidentin Rebekka Wyler (SP), Dr. Urs Egger (FDP), Andrea Nüssli-Danuser (SP), Dr. Daniel Regli (SVP), Karin Rykart Sutter (Grüne), Urs Schmid (FDP), Christine Seidler (SP), Florian Utz (SP)

7 / 66

Enthaltung Walter Angst (AL)

Begründung: Massnahmen sinnvoll, auch ohne externe Organisationsentwicklung zu schaffen

Der Rat stimmt dem Antrag der RPK mit 121 gegen 0 Stimmen zu.

Antrag 052.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Margrit Haller (SVP): Es geht um den externen Support zur Neueinführung einer Online-Gesuchserfassung im 2013. Die SVP ist der Meinung, dass mehr IT-Dienstleistungen intern erbracht werden sollten und beantragt, den budgetierten Betrag von 270 200 Franken auf 50 000 Franken zu kürzen.

Samuel Dubno (GLP): Für die hier geplanten IT-Leistungen wird spezifisches Know-how benötigt. Soll dieses durch Eigenleistungen erbracht werden, würde das einen deutlichen Mehraufwand zur Folge haben.

S. 120	15 1501 3189 0000	PRÄSIDIALDEPARTEMENT Kultur Entschädigungen für IT-Leistungen Dritter				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
052.	Antrag Stadtrat				217 200	Mehrheit Samuel Dubno (GLP) Referent, Vizepräsidentin Rebekka Wyler (SP), Walter Angst (AL), Dr. Urs Egger (FDP), Andrea Nüssli-Danuser (SP), Karin Rykart Sutter (Grüne), Urs Schmid (FDP), Christine Seidler (SP), Florian Utz (SP)
			50 000		167 200	Minderheit Dr. Daniel Regli (SVP) Referent, Präsident Roger Liebi (SVP)
			Begründung: Mehr IT-Leistungen selber erbringen			

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 98 gegen 25 Stimmen zu.

Antrag 053.

Kommissionsreferent:

Samuel Dubno (GLP): Das städtische Kulturangebot soll über eine elektronische Kulturagenda vermittelt werden. Die Mehrheit der RPK lehnt dieses Begehren ab. Kulturvermittlung ist im Gegensatz zur Kulturförderung nicht primär eine städtische Aufgabe. Das Kulturangebot wird ausserdem bereits ausreichend über private Angebote vermittelt. Der Betrag sollte gestrichen werden.

S. 120	15 1501 3652 0000	PRÄSIDENTIALDEPARTEMENT Kultur Kulturförderungsbeiträge				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
053.	Antrag Stadtrat				103 051 200	
			585 000		102 466 200	Zustimmung
						Samuel Dubno (GLP) Referent, Präsident Roger Liebi (SVP), Vizepräsidentin Rebekka Wyler (SP), Walter Angst (AL), Dr. Urs Egger (FDP), Andrea Nüssli-Danuser (SP), Dr. Daniel Regli (SVP), Karin Rykart Sutter (Grüne), Urs Schmid (FDP), Christine Seidler (SP), Florian Utz (SP)

Begründung: Auf die Kulturagenda ist zu verzichten

Der Rat stimmt dem Antrag der RPK mit 123 gegen 0 Stimmen zu.

Antrag 054.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Bruno Amacker (SVP): Es ist nicht ersichtlich, weshalb hier mehr Geld benötigt wird. Es lag keine Teuerung vor. Sollten einzelne Ausgabenpositionen tatsächlich zugenommen haben und würden wir dem Antrag folgen, würde ein gefährliches Präjudiz geschaffen. Das würde bedeuten, dass jedermann in einer solchen Situation Geld verlangen könnte. Wir wehren uns gegen diese Praxis.

Andrea Nüssli-Danuser (SP): Es geht darum, im Sinne einer Gleichbehandlung alle Zürcher Kulturinstitutionen einer einheitlichen Regelung zu unterstellen. Es handelt sich um von der Stadt unbefristet subventionierte Institutionen, die der städtischen Pensionskasse angeschlossen sind. Auch bei ihnen sollen die städtischen Jahresbeiträge für den Fall von veränderten Arbeitgeberbeiträgen angepasst werden.

Weitere Wortmeldung:

Daniel Meier (CVP): Eine Bemerkung: Da ich heute vor acht Tagen in der Kommission nicht persönlich anwesend war, wurde etwas falsch übermittelt. Wir gehen heute mit der Mehrheit und werden am nächsten Mittwoch, wenn die Weisung behandelt wird, den Dispoantrag der Grünen ablehnen.

S. 120	15 1501 3652 0000	PRÄSIDIALDEPARTEMENT Kultur Kulturförderungsbeiträge				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
054.	Antrag Stadtrat				103 051 200	Mehrheit
			520 000		102 531 200	Minderheit
						Enthaltung
			Begründung:	Keine Erhöhung Beiträge Tonhalle und Schauspielhaus		

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 88 gegen 24 Stimmen zu.

Antrag 055.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Dr. Daniel Regli (SVP): Der Stadtrat beantragt für die Kulturförderungsbeiträge eine Erhöhung von 5,1 Millionen Franken auf 103 Millionen Franken. Natürlich sind buchhalterische Dinge enthalten und bei der Kontoführung bei der Filmstiftung, wo andere Beiträge laufen, fallen 3,4 Millionen Franken weg. Doch es bleibt eine Verschlechterung von 1,7 Millionen Franken. Gegenüber der Rechnung 2011 sind es gar 5 Millionen Franken, die man nun mehr ausgeben will. Davon könnten 4 Millionen Franken eingespart werden. Die Projekte müssen überdacht und minimiert werden.

Samuel Dubno (GLP): Für einen Grossteil dieser Ausgaben bestehen Leistungsvereinbarungen mit den Institutionen. Kürzungen würden vor allem die kleinen, unabhängigen Kulturschaffenden treffen. Die Mehrheit der RPK lehnt dieses Vorgehen ab.

Weitere Wortmeldung:

Dr. Thomas Monn (SVP): Die staatliche Kulturpolitik führt dazu, dass immer mehr Theater, Kleintheater und Museen von der Stadt Subventionen beziehen. Gleichzeitig werden andere Künstler, die keine Subventionen beziehen, benachteiligt. Die SVP verlangt, dass auch im Kulturbereich mehr die Marktwirtschaft das Kulturangebot steuert. Anstatt mit der Giesskanne Steuergelder zu verteilen, sollen private Kulturstiftungen und Spenden gezielt gefördert werden.

S. 120	15 1501 3652 0000	PRÄSIDENTIALDEPARTEMENT Kultur Kulturförderungsbeiträge				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
055.	Antrag Stadtrat				103 051 200	Mehrheit
					4 000 000	Minderheit
			Begründung:	Mehrausgaben von Fr. 4 Mio. in finanziell angespannten Zeiten nicht zu verantworten		
						Samuel Dubno (GLP) Referent, Vizepräsidentin Rebekka Wyler (SP), Walter Angst (AL), Dr. Urs Egger (FDP), Andrea Nüssli-Danuser (SP), Karin Rykart Sutter (Grüne), Urs Schmid (FDP), Christine Seidler (SP), Florian Utz (SP) Dr. Daniel Regli (SVP) Referent, Präsident Roger Liebi (SVP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 97 gegen 26 Stimmen zu.

Antrag 056.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Dr. Thomas Monn (SVP): Die SVP lehnt die Beteiligung am Kapital der Stiftung für konstruktive und konkrete Kunst ab und stellt den Antrag auf die Streichung dieses Kredits. Die Beteiligung mit 100 000 Franken am Stiftungskapital ist für uns ein weiteres Beispiel, wie Steuergelder für Kultureinrichtungen verschleudert werden. Die Stiftung wird von der Stadt Zürich mit fast 800 000 Franken subventioniert, steht aber trotzdem unter permanentem Liquiditätsdruck. Wir verlangen, dass sie aus eigener Kraft ihre finanzielle Eigenkapitalbasis verbessert.

Samuel Dubno (GLP): Zu diesem Beitrag ist eine Weisung hängig. Falls die Weisung abgelehnt werden sollte, wird der Betrag nicht verwendet. Es macht aber Sinn, den Betrag vorsorglich einzustellen.

Weitere Wortmeldung:

Roger Liebi (SVP): Bei den Kulturförderungsbeiträgen kann man akzeptieren, dass damit argumentiert wird, dass es sich um bereits getroffene Vereinbarungen handelt. Doch hier kommt ein neuer Aspekt dazu. Es ist sehr einfach, auf eine anstehende Weisung zu verweisen und den Betrag im Budget einzustellen. Es wäre interessant zu wissen, wie die Grünliberalen zum weiteren Ausbau der Kultur stehen. Sie sehen diesen meines Wissens nicht unkritisch. Eine klare Position wäre wünschenswert gewesen.

S. 122	15 1501 550012	PRÄSIDENTIALDEPARTEMENT Kultur Beteiligung am Stiftungskapital der Stiftung für konstruktive, konkrete und konzeptuelle Kunst				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
056.	Antrag Stadtrat				100 000	Mehrheit Samuel Dubno (GLP) Referent, Vizepräsidentin Rebekka Wyler (SP), Walter Angst (AL), Dr. Urs Egger (FDP), Andrea Nüssli-Danuser (SP), Karin Rykart Sutter (Grüne), Urs Schmid (FDP), Christine Seidler (SP), Florian Utz (SP)
			100 000		0	Minderheit Dr. Daniel Regli (SVP) Referent, Präsident Roger Liebi (SVP)
		Begründung: Keinen Beitrag an Stiftungskapital konkrete und konzeptuelle Kunst				

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 97 gegen 26 Stimmen zu.

Antrag 057.

Kommissionsminderheiten/-mehrheit:

Margrit Haller (SVP): Die Mehrausgaben sind unter anderem auf die Motion 2007/138 zurückzuführen. Es werden wiederholt Vorstösse überwiesen, die zusätzliche Dienstleistungen von der Stadt erwarten. Bei diesem Antrag geht es um Integrationskurse und kostenlose Angebote für die ausländische Wohnbevölkerung. Die Stadt Zürich hat den Auftrag, ein Grundangebot von Dienstleistungen zu erbringen. Es sollten jedoch nicht immer Luxusangebote sein. Die Aufgaben im Betrieb sollten so gestellt werden, dass sie mit dem bestehenden Personal bewältigt werden können. Die Minderheit 1 beantragt, die Löhne des Verwaltungs- und Betriebspersonals von 3 378 800 Franken um 222 700 Franken auf den Budgetstand von 2012 zu kürzen.

Dr. Urs Egger (FDP): Die FDP beantragt die Kürzung um eine Stelle. Es geht um einen

Übertrag von 1,5 Stellen. Unserer Meinung nach könnte die zusätzliche Aufgabe auch mit 0,5 Stellen bewältigt werden.

Andrea Nüssli-Danuser (SP): Eine ausreichende und zweckmässige Informationsarbeit für Ausländerinnen und Ausländer ist eine gesetzlich geforderte und anerkannte integrationspolitische Aufgabe. Der Gemeinderat hat in diesem Zusammenhang im Juni 2010 eine Motion der Fraktionen SP, CVP und EVP überwiesen, die einen umfassenden und kostenlosen Integrationskurs forderte. Für die Erfüllung dieser Aufgabe werden genügend Stellen benötigt.

Weitere Wortmeldungen:

Mauro Tuena (SVP): Der Begriff kostenlos ist hier nicht zulässig. Wären die Angebote tatsächlich kostenlos, müssten keine zusätzlichen Stellen bewilligt werden. Das Angebot ist allenfalls für diejenigen kostenlos, die daran teilnehmen. Aber sonst kann von kostenlos keine Rede sein, denn die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler kommen für die Kosten auf.

Jean-Claude Virchaux (CVP): Wir haben die Motion eingereicht und unterstützt. Wir sind aber davon ausgegangen, dass das Angebot ohne eine zusätzliche Stelle realisiert werden soll. Deshalb unterstützen wir den Antrag der FDP.

Namens des Stadtrats nimmt die Stadtpräsidentin Stellung.

STP Corine Mauch: Die Schaffung der nötigen Stellenanteile für die zweite Hälfte des Jahres 2012 war Bestandteil der Weisung. Inzwischen wurde eine Person angestellt. Seitens des Stadtrats haben wir beantragt, dass das Angebot nicht wie ursprünglich gefordert vollständig kostenlos erfolgen soll, sondern mit einer kleinen Kostenbeteiligung. Der Gemeinderat hat dies so beschlossen. Die Person wurde angestellt und der Pilot wird für drei Jahre durchgeführt. Der Gemeinderat hat dem Vorschlag zugestimmt, also muss dieser für die nächsten drei Jahre auch weitergeführt werden. Das Pilotprojekt muss abgeschlossen werden. Anschliessend muss eine Evaluation durchgeführt werden.

S. 123 15
1505
3010 0000

PRÄSIDENTIALDEPARTEMENT
Stadtentwicklung Zürich
Löhne des Verwaltungs- und Betriebspersonals

		Verbesserung	Verschlechterung	Betrag		Stimmen
057.	Antrag Stadtrat			3 378 800	Mehrheit	Andrea Nüssli-Danuser (SP) Referentin, Vizepräsidentin Rebekka Wyler (SP), Karin Rykart Sutter (Grüne), Christine Seidler (SP), Florian Utz (SP)

13 / 66

222 700	3 156 100	Minderheit 1	Dr. Daniel Regli (SVP) Referent, Präsident Roger Liebi (SVP)
100 000	3 278 800	Minderheit 2	Dr. Urs Egger (FDP) Referent, Urs Schmid (FDP)
		Enthaltung	Walter Angst (AL), Samuel Dubno (GLP)
Begründung: FDP: Kürzung um eine Stelle; SVP: Zusätzliche Aufgaben mit bestehen- dem Personal bewältigen			

Abstimmung gemäss Art. 36 GeschO GR (gleichgeordnete Anträge):

Antrag Stadtrat / Mehrheit	(3 378 800)	74 Stimmen
Antrag Minderheit 1	(3 156 100)	26 Stimmen
Antrag Minderheit 2	(3 278 800)	<u>24 Stimmen</u>
Total		124 Stimmen
= absolutes Mehr		63 Stimmen

Damit ist dem Antrag der Mehrheit zugestimmt.

Gemeinsame Behandlung der Anträge 058. und 059.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Karin Rykart Sutter (Grüne): Bei diesen beiden Anträgen geht es um die Metropolitan-konferenz. Die Minderheit der RPK will aus unterschiedlichen Gründen keine weiteren Projektbeiträge und Mitgliederbeiträge an die Metropolitankonferenz bezahlen. Die SVP sieht die beiden Anträge vermutlich als Sparanträge und unterstützt deshalb die Streichung. Den Grünen geht es weniger um den finanziellen Aspekt. Wir sind nicht einverstanden mit der Politik der Metropolitankonferenz, insbesondere mit der Verkehrspolitik. Auf der Webseite werden wichtige und richtige Themenbereiche aufgeführt. Aber richtig konkret wird es erst beim Thema Verkehr. So werden zum Beispiel 1 Milliarde Franken für den Ausbau Nordumfahrung auf sechs Fahrspuren oder 2 Milliarden Franken für die Glattalautobahn als sinnvoll betrachtet. Beim Stadttunnel wird schon fast schwärmerisch ausgeführt, wie Zürich dann von überall her erreichbar ist und unterirdisch durchquert werden kann. Gleichzeitig sagte die Stadtzürcher Stimmbevölkerung am 4. September Ja zur Städteinitiative. Damit unterstützt die Bevölkerung das Anliegen, dass der Anteil von ÖV, Fuss- und Veloverkehr am gesamten Verkehr in den nächsten zehn Jahren um 10 % erhöht werden soll. Ein Stadttunnel würde aber 20 % mehr Autoverkehr für die Stadt bedeuten. Wir sind der Meinung, dass man in einem solchen

Gremium nicht mehr mitmachen oder endlich die Zeichen der Zeit zur Kenntnis nehmen und den Stadttunnel aus dem Programm streichen sollte.

Dr. Urs Egger (FDP): *Wenn es eine Institution gibt, die sich für nachhaltige Entwicklung einsetzt, dann ist es die Metropolitankonferenz. Ausgerechnet die Grüne Partei, der Nachhaltigkeit so wichtig ist, ist hier dagegen. Doch Nachhaltigkeit bezieht sich nicht nur auf die Umwelt. Es gibt auch noch andere Aspekte. In der Metropolitankonferenz geht es genau um diese Frage. Es geht um die Attraktivität des Raumes in der Stadt Zürich, um eine gesamtheitliche Betrachtung. Der Verkehr hat verschiedene Aspekte. Wir sollten weiterhin zur Metropolitankonferenz und zur nachhaltigen Entwicklung im Raum Zürich stehen.*

Weitere Wortmeldungen:

Roger Liebi (SVP): *Wir waren schon in den letzten Jahren gegen die Metropolitankonferenz, allerdings eher aus demokratischen Gründen. Mit der Metropolitankonferenz wird versucht, die kommunalen Eigenheiten auszuhebeln. Dass die verschiedenen Regionen miteinander im Gespräch sind, ist in Ordnung. Doch wir sind dagegen, dass es dafür eine Konferenz gibt, die sich wie ein überregionales Parlament verhält.*

Dr. Richard Wolff (AL): *Auch wir sind für mehr Demokratie und gegen den Stadttunnel und die Autobahnen. Trotzdem befürworten wir die Metropolitankonferenz. Die Konferenz als Struktur und Gremium ist eine gute Institution, um mit den Gemeinden und benachbarten Kantonen zusammenzuarbeiten. Wir müssen das, was wir haben, weiter verbessern. Deshalb sind wir gegen eine Kürzung der finanziellen Beiträge oder eine Abschaffung der Metropolitankonferenz.*

Namens des Stadtrats nimmt die Stadtpräsidentin Stellung.

STP Corine Mauch: *Die Stadt Zürich war massgeblich an der Entstehung der Metropolitankonferenz im Jahre 2009 beteiligt. Die Ziele des Vereins sind eine verstärkte Zusammenarbeit und bessere Vernetzung zwischen den Kantonen, Städten und Gemeinden im Metropolitanraum Zürich. Die Metropolitankonferenz bietet eine wichtige Plattform für den real existierenden Lebens- und Wirtschaftsraum. Es geht nicht mehr um die traditionellen politischen Grenzen. Das Konzept der Metropolitanräume ist ein neuer Ansatz. Es kann aber keinesfalls von Aushebeln der kommunalen Eigenheiten gesprochen werden. Alle Vertreter der Metropolitankonferenz wurden vom Volk gewählt, die Demokratie ist gewährleistet. Probiert man einen neuen Ansatz aus, der bestehende föderalistische Strukturen überschreitet, muss man auch bereit sein, eine Übergangsphase in Kauf zu nehmen. Im Zentrum steht die Stärkung des Gesamttraums als Wirtschafts- und Lebensraum. Dabei stehen nicht einzelne spezifische Interessen, sondern die Interessen des Gesamttraums im Vordergrund. Der Metropolitanraum befasst sich mit gesamtheitlichen Lösungsansätzen. Natürlich sind Verkehrs- und Raumplanungsfragen in diesem Zusammenhang wichtig. Die erwähnten Priorisierungen sind als Teilbereich dieser Verkehrsaktivitäten zu verstehen. Die Erreichbarkeit innerhalb des Metropolitanraums und zwischen den Metropolitanräumen ist das zentrale Kriterium. Nach fach-*

lich fundierten Analysen wurde beschlossen, drei bis vier Projekte zu priorisieren. Betroffen sind sowohl die Schiene als auch die Strasse. Ein deutlicher Schwerpunkt lag auf den Aktivitäten im Zusammenhang mit dem öffentlichen Verkehr, der Finanzierung und dem Ausbau der Bahninfrastruktur (FABI). Es ist wesentlich dem hohen Engagement der Metropolitankonferenz Zürich zu verdanken, dass der Ständerat entschied, die ersten Ausbauschnitte von FABI auf 6,4 Milliarden Franken zu verdoppeln und dass der Raum Zürich für Schlüsselprojekte im öffentlichen Verkehr wieder ganz oben auf der Liste steht. Die Beiträge an die Metropolitankonferenz wurden für drei Jahre gesprochen. Wir kommen in eine Situation, in der es um wiederkehrende Beiträge geht. Ich werde dem Gemeinderat eine Weisung unterbreiten, anlässlich derer wir eine Debatte über die Funktion und die Wichtigkeit des Metropolitanraums führen können. Es ist falsch, wenn alle einzelnen Mitglieder aus ihrer Froschperspektive fragen, was ihnen der Metropolitanraum bringt. Es geht um eine Gesamtperspektive. Auch andere Regionen der Schweiz haben inzwischen Schritte in diese Richtung getan. Es ist ausserordentlich wichtig, dass die Stadt Zürich als Kernstadt des Metropolitanraums die Optik des Gesamttraums wahrnehmen kann.

Weitere Wortmeldungen:

Dr. Urs Egger (FDP): Die FDP hat ihre Meinung während des Votums der Stadtpräsidentin geändert. Wir hatten vorher eine andere Vorstellung von der Konferenz. Was wir nun gehört haben, war nicht das, was wir von der Konferenz erwarten. Wir werden deshalb nicht mehr bei der Mehrheit sein.

Christoph Spiess (SD): Die ordentlichen demokratischen Strukturen dieses Staates und die ordentlichen Gebietsstrukturen werden durch die Metropolitankonferenz ausgehebelt. Es wird wirkungsvoll dafür gesorgt, dass der Bürger nichts mehr zu sagen hat. Die Exekutivvertreter von unzähligen Gemeinden und Kantonen handeln die Entscheide aus. Der Metropolitanraum ist bereits heute ein Geschwür in unserem Land. Seine Attraktivität muss nicht weiter gestärkt werden. Wir haben in der Agglomeration bereits heute grosse Probleme: Schulhausbau, Wohnungsnot und so weiter. Zürich muss nicht mit Metropolen wie London oder Paris um die Wette wachsen. Wir wollen aus demokratischen, aber auch aus Gründen der Raumordnung solche Bestrebungen nicht mittragen und sind der Meinung, dass die Stadt Zürich aus diesem Verein austreten sollte.

STP Corine Mauch: Bei der Metropolitankonferenz handelt es sich um ein sehr wichtiges Projekt. Ich werde dem Gemeinderat eine Weisung unterbreiten, anlässlich derer die Mitgliedschaft im Metropolitanraum ernsthaft diskutiert werden kann. Im Rahmen des Budgets einen Kredit zu streichen, wäre sehr unglücklich. Zum demokratischen Aspekt: Alle Vertreter sind selbstverständlich an ihre demokratischen Strukturen gebunden. Die Metropolitankonferenz koordiniert, aber sie ist nicht in der Lage, Entscheide zu fällen. Entscheide fällen immer noch die bestehenden politischen Strukturen. Der Zusatznutzen, den sie bringt, besteht darin, dass in diesem Grossraum eine Abstimmung der Aktivitäten stattfindet, so etwa in der Richtplanung. Beim Thema Lebensraum stimmen die acht Kantonsplaner die Aktivitäten aufeinander ab. Es ist nicht sinnvoll, die Beiträge aufgrund einer Debatte, die überhaupt nicht stattfinden konnte, aus dem Budget zu streichen.

16 / 66

S. 124	15 1505 3180 0000	PRÄSIDIALDEPARTEMENT Stadtentwicklung Zürich Entschädigungen für Dienstleistungen Dritter				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
058.	Antrag Stadtrat				1 624 000	Mehrheit Dr. Urs Egger (FDP) Referent, Vizepräsidentin Rebekka Wyler (SP), Walter Angst (AL), Andrea Nüssli-Danuser (SP), Urs Schmid (FDP), Christine Seidler (SP), Florian Utz (SP)
			20 000		1 604 000	Minderheit Karin Rykart Sutter (Grüne) Referentin, Präsident Roger Liebi (SVP), Samuel Dubno (GLP), Dr. Daniel Regli (SVP)
			Begründung: Keine Projektbeiträge an Metropolitankonferenz			

Der Rat lehnt den Antrag der Mehrheit mit 55 gegen 70 Stimmen ab.

Antrag 059.

Wortmeldungen siehe Antrag 058. (Beschluss-Nr. 3404/2012).

S. 124	15 1505 3197 0000	PRÄSIDIALDEPARTEMENT Stadtentwicklung Zürich Mitgliederbeiträge				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
059.	Antrag Stadtrat				115 000	Mehrheit Dr. Urs Egger (FDP) Referent, Vizepräsidentin Rebekka Wyler (SP), Walter Angst (AL), Andrea Nüssli-Danuser (SP), Urs Schmid (FDP), Christine Seidler (SP), Florian Utz (SP)
			40 000		75 000	Minderheit Karin Rykart Sutter (Grüne) Referentin, Präsident Roger Liebi (SVP), Samuel Dubno (GLP), Dr. Daniel Regli (SVP)
			Begründung: Keine Mitgliederbeiträge an Metropolitankonferenz			

Der Rat lehnt den Antrag der Mehrheit mit 54 gegen 65 Stimmen ab.

Antrag 060.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Dr. Daniel Regli (SVP): Die SVP beantragt eine Pauschalkürzung von 3 % bei den Dienstleistungen Dritter bei der Stadtentwicklung Zürich. Im Budget 2013 sind 1,6 Millionen Franken eingestellt. Das sind 134 000 Franken mehr als im Budget 2012. Es geht um Umsetzungen von Projekten, die mit den Legislatorschwerpunkten I und III zu tun haben. Als Erstes geht es um die Städtepartnerschaft mit San Francisco. Die Swiss Re hat sich 2008 zurückgezogen und das Präsidium dieses Vereins aufgegeben. Die Stadt Zürich hat es natürlich übernommen und weiter getragen. Als Zweites geht es um den Betrag von 70 000 Franken für die Kreativwirtschaft. Zuletzt gibt es die Stadtteilwerkschaft Leutschenbach-Glattpark-Auzelg, die gesamthaft 105 000 Franken kostet. Die SVP empfiehlt, generell 3 % zu kürzen. Das entspricht 48 100 Franken.

Samuel Dubno (GLP): Wir haben auf dem Konto 3180 bereits einen Pauschalantrag von 6 Millionen Franken zum Kürzen eingestellt. Wir haben gerade vorher 20 000 Franken für die Metropolitankonferenz gestrichen. Die Mehrheit der RPK ist der Meinung, dass dies ausreichend ist.

S. 124	15 1505 3180 0000	PRÄSIDIALDEPARTEMENT Stadtentwicklung Zürich Entschädigungen für Dienstleistungen Dritter				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
060.	Antrag Stadtrat				1 624 000	Mehrheit
					48 100	Minderheit
					1 575 900	Minderheit
			Begründung: 3 % Pauschalkürzung auf Gesamtbetrag 1 604 000 (bereits um 20 000 für Metropolitankonferenz gekürzt)			

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 97 gegen 26 Stimmen zu.

Antrag 061.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Dr. Daniel Regli (SVP): Für das Nachfolgeprojekt der Online-Stadtdebatte werden 33 000 Franken benötigt. Direktoren der Dienstabteilungen haben im Rahmen der Stadtdebatte online während 60 Stunden mit Moderatoren, externen Fachleuten und Überraschungsgästen mit der Öffentlichkeit diskutiert. Laut Jahresbericht 2011 gingen 2 000 Beiträge ein. Bei genauerer Betrachtung des Berichtes findet man jedoch wichtige Fakten, die sowohl gegen das damalige Projekt als auch gegen ein neues sprechen. Mit dem Projekt wurde vor allem die eigene Klientel – die Gebildeten – angesprochen. Es wurden lediglich 1 200 Logins verzeichnet und nur 75 % davon aus der Stadt Zürich. Lediglich 0,2 % der Einwohner der Stadt Zürich haben an der Stadtdebatte teilgenommen. Auf das Folgeprojekt kann gut verzichtet werden.

Samuel Dubno (GLP): Die Mehrheit der RPK empfiehlt, bei diesem Antrag dem Stadtrat zu folgen. Heute wurden bereits Kürzungen in der Kommunikation vorgenommen. Die Online-Debatte ist ein interessantes Medium, das die Stadt künftig auch aus Kostengründen vermehrt nutzen sollte. Die Kommunikation via Online-Stadtdebatte ist durchaus sinnvoller als andere Projekte.

S. 124	15 1505 3189 0000	PRÄSIDENTIALDEPARTEMENT Stadtentwicklung Zürich Entschädigungen für IT-Leistungen Dritter				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
061.	Antrag Stadtrat				35 000	Mehrheit
					2 000	Minderheit
						Samuel Dubno (GLP) Referent, Vizepräsidentin Rebekka Wyler (SP), Walter Angst (AL), Andrea Nüssli-Danuser (SP), Karin Rykart Sutter (Grüne), Christine Seidler (SP), Florian Utz (SP) Dr. Daniel Regli (SVP) Referent, Präsident Roger Liebi (SVP), Dr. Urs Egger (FDP), Urs Schmid (FDP)

Begründung: Kein Nachfolgeprojekt für Online-Stadtdebatte

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 81 gegen 43 Stimmen zu.

Gemeinsame Behandlung der Anträge 062. und 063 (Postulat 2012/453).

Kommissionsmehrheit/-minderheit:

Rebekka Wyler (SP): Die Mehrheit der Kommission schlägt vor, die Beiträge der Stadt Zürich an die regionale Standortförderungsorganisation Greater Zurich Area (GZA) zu streichen. Im Oktober verschickte die GZA Werbebriefe an Unternehmen mit Sitz in Belgien. Darin wurden die Firmen aufgefordert, über einen Umzug nach Zürich nachzudenken. Als Begründung wurden im Brief die hohe Staatsverschuldung Belgiens sowie der Eisenbahnerstreik Anfang Oktober angeführt. Ein Streik ist sowohl in Belgien als auch in der Schweiz ein verfassungsmässig garantiertes Recht. Umso skandalöser ist es, wenn er als Argument in der Standortförderung angeführt wird. Die Empörung in Belgien war gross. Die Situation in vielen Ländern der Euro-Zone ist bekannt. Die Abfüllorganisation Coca-Cola Hellenic zum Beispiel zog von Griechenland in den Kanton Zug um, doch niemand braucht die Steuermillionen von Coca-Cola dringender als die Griechen und niemand braucht sie weniger als die Zuger. Eine solche Politik lehnen wir entschieden ab. Der Stadtrat ist allerdings vertraglich verpflichtet, diese Beiträge zu bezahlen. Deshalb verlangen wir mit Antrag 63, dass die GZA schriftliche Leitlinien bezüglich der Gestaltung künftiger Werbeaktionen erstellt. Die GZA hat sich bereits dazu verpflichtet. Der Stadtrat kann später auch einen Zusatzkredit beantragen.

Urs Schmid (FDP): Zu Antrag 62: An der Ratssitzung vom 7. März 2012 wurde beschlossen, dass die GZA für die Jahre 2012 bis 2015 einen jährlichen Beitrag von 250 000 Franken erhält. Die GZA hat sich über die offiziellen Kanäle mit einem Brief an die belgische Regierung und die Wirtschaftsverbände für den Fauxpas entschuldigt. Neben der offiziellen Entschuldigung zog die GZA auch interne Konsequenzen. Der Verwaltungsrat beauftragte die Geschäftsleitung, Richtlinien für Marketingbriefe festzulegen, um solche Fälle künftig zu vermeiden. Corine Mauch sagte am 7. März 2012, man dürfe sich nicht auf den Lorbeeren ausruhen. Man könne nicht erst Standortförderung betreiben, wenn nichts mehr laufe. In diesem Sinne sollte der Antrag des Stadtrats unterstützt werden.

Bruno Amacker (SVP): Rebekka Wyler (SP) argumentierte mit Grundrechten, doch die einzige Einschränkung von Grundrechten findet sich im Postulat selbst: Das verfassungsmässige Recht auf Meinungsäusserungsfreiheit der GZA soll eingeschränkt werden. Wer dem Postulat zustimmt, verletzt verfassungsmässig garantierte Grundrechte. Inhaltlich ist die Aussage der GZA nicht zu beanstanden. Es wird lediglich gesagt, dass die Schweizer von ihrem verfassungsmässig garantierten Streikrecht weniger oft Gebrauch machen als die Belgier. Die Aussage wäre auch dann nicht zu beanstanden, wenn in der Schweiz ein Streikverbot existieren würde. Die Belgier streiken öfter als die Schweizer. Es ist in dem Sinne tatsächlich ein Standortvorteil, wenn die Arbeitnehmer in der Schweiz lieber arbeiten anstatt zu streiken. Das soll aber nicht heissen, dass wir die GZA gut finden. Dies haben wir bereits bei der Diskussion des Jahresberichts erwähnt. Wir lehnen das Postulat ab und stimmen der Kürzung zu.

Weitere Wortmeldungen:

Dr. Urs Egger (FDP): Die FDP steht klar hinter der GZA. Das Postulat hingegen lehnen wir ab. Es ist ziemlich blauäugig, im internationalen Standortwettbewerb solche Argumente zu bringen. In den Fraktionserklärungen wiesen alle darauf hin, wie wichtig die Stärkung des Standorts Zürich sei. Dann passiert ein kleiner Fauxpas und schon wird eine Grundsatzdiskussion geführt. Ich verstehe die Haltung der Parteien nicht, die hinter dem Postulat stehen und den Beitrag ablehnen möchten.

Florian Utz (SP): Eine Richtigstellung zum Votum von Bruno Amacker (SVP): Bürgerinnen und Bürger dieses Land sind durch Grundrechte berechtigt. Der Staat hingegen ist durch Grundrechte verpflichtet. Die GZA ist eine vom Staat getragene Organisation und kein privater Bürger. In dem Sinne ist es juristisch gesehen genau umgekehrt.

Dr. Richard Wolff (AL): Welche Art von Meinungsäusserungsfreiheit und Standortmarketing ist es, andere Länder zu beleidigen? Wir lehnen den Beitrag ab, weil wir das Grundkonzept der GZA ablehnen: zu meinen, man könne mit dieser Art von Politik in anderen Ländern Rosinen picken, Betriebe abwerben und diese hier ansiedeln. Wenn man sich als Europäer versteht, ist es ein Nullsummenspiel. Die einen verlieren, die anderen gewinnen. Dies geschah bereits bei Griechenland, nun wurde es bei Belgien versucht. Wir waren bereits früher der Meinung, dass die GZA nicht unterstützt werden sollte. Der Erfolg ist nicht ausgewiesen. Die Organisation ist überflüssig. Auch Leitlinien können nichts an der Gesinnung der GZA ändern.

Namens des Stadtrats nimmt die Stadtpräsidentin Stellung.

STP Corine Mauch: Der Gemeinderat verabschiedete die Weisung zu den Beiträgen an die GZA. Es ist deshalb nicht zulässig, die Beiträge an die GZA aus dem Budget zu streichen. Hier sollen die Beiträge im Sinne einer Strafaktion gestrichen werden. Der Stadtrat ist bereit, das Postulat entgegenzunehmen. Die GZA sieht ihren Fehler ein und hat sich öffentlich entschuldigt. Der Verwaltungsrat der GZA hat die Geschäftsstelle bereits angewiesen, Richtlinien zu erlassen. Die Wertvorstellungen, die die GZA mit ihren Aktivitäten im internationalen Standortwettbewerb vertritt, sollen in einer Kommunikationsrichtlinie festgehalten werden und dem Verwaltungsrat zur Genehmigung unterbreitet werden. Wird der Beitrag heute aus dem Budget gestrichen, werde ich den Beitrag als Zusatzkredit bringen. Es ist wichtig, dass die GZA ihre Aufgabe auch tatsächlich im Verbund mit all den umliegenden Kantonen wahrnimmt und dass nicht alle gegeneinander im Ausland auftreten.

21 / 66

S. 124	15 1505 3650 0000	PRÄSIDIALDEPARTEMENT Stadtentwicklung Zürich Beiträge an private Unternehmungen				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
062.	Antrag Stadtrat				3 905 600	Minderheit
					250 000	Mehrheit
						Urs Schmid (FDP) Referent, Dr. Urs Egger (FDP) Vizepräsidentin Rebekka Wyler (SP) Referentin, Präsident Roger Liebi (SVP), Walter Angst (AL), Samuel Dubno (GLP), Andrea Nüssli-Danuser (SP), Dr. Daniel Regli (SVP), Karin Rykart Sutter (Grüne), Christine Seidler (SP), Florian Utz (SP)
						Begründung: Streichung Beitrag Greater Zurich Area (GZA)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 106 gegen 16 Stimmen zu.

3420. 2012/453

**Postulat von Rebekka Wyler (SP) vom 05.12.2012:
Regionale Standortförderungsorganisation «Greater Zurich Area» (GZA), Verzicht auf grundrechtswidrige Argumente**

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist die Stadtpräsidentin namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Wortmeldungen siehe Antrag 062. (Beschluss-Nr. 3404/2012).

Rebekka Wyler (SP) begründet das Postulat (vergleiche Protokoll-Nr. 3381/2012).

Bruno Amacker (SVP) begründet den namens der SVP-Fraktion gestellten Ablehnungsantrag.

Namens des Stadtrats nimmt die Stadtpräsidentin Stellung.

Das Postulat wird mit 59 gegen 44 Stimmen dem Stadtrat zur Prüfung überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

3404. Antrag 064.

Kommissionsminderheiten/-mehrheit:

Dr. Thomas Monn (SVP): *Auf kantonaler und nationaler Ebene sowie im privaten Bereich existieren genügend Stellen, die sich mit dem Thema Gleichstellung befassen. Die SVP beantragt deshalb die Auflösung der Fachstelle.*

Severin Pflüger (FDP): *Eine grosse Mehrheit sagt, die Gleichstellung sei ein sehr wichtiges Thema, das keinesfalls in Frage gestellt werden dürfe und das unterstützt werden müsse. Wir möchten das Thema nicht in Frage stellen, doch wir haben uns über die genauen Aktivitäten der Fachstelle erkundigt und festgestellt, dass die Aufgaben, die auf der Webseite ersichtlich sind, nicht oder ungenügend erfüllt werden. Als Leistungsausweis wurden uns einige Medienmitteilungen präsentiert, die sich zum Beispiel um die Wahl der Stadtpräsidentin drehten oder um ein Nationalfondsprojekt, in dem es darum ging, wie unterschiedlich Frauen und Männer öffentliche Parks nutzen. Ist das der Nutzen, den wir aus den jährlich 1,8 Millionen Franken ziehen, die in die Fachstelle fließen? Die Antwort auf unsere Frage, wann die Aufgabe der Fachstelle erfüllt sein werde, lautet, sobald die rechtliche und tatsächliche Gleichstellung von Mann und Frau in allen Lebensbereichen und in der Stadtverwaltung erreicht worden ist. Meiner Meinung nach sind wir bereits sehr nahe an diesem Ziel. Dieses kann jedoch auch mit weiteren Geldern nicht erreichen werden. Wichtig ist, dass wir das Niveau halten können. Es braucht in der Stadt eine Fachstelle, die eine Ansprechpartnerin für den Stadtrat, die Verwaltung oder auch die Gemeinderäte ist. Doch wir brauchen keine grosse Fachstelle und Kommission, die jedes Jahr 1,8 Millionen benötigt. Eine Person, die ihre Arbeit gut macht, die die Verwaltung immer wieder auf die Gleichstellung überprüft, genügt. Wenn heute die 1,8 Millionen nochmals gesprochen werden, werden wir eine schriftliche Anfrage machen, was mit den 1,8 Millionen 2012 konkret erreicht werden konnte.*

Samuel Dubno (GLP): *Die Mehrheit der RPK ist der Meinung, dass die Fachstelle für Gleichstellung benötigt wird. Es handelt sich um 650 Stellenprozent für ein Heer von über 20 000 städtischen Mitarbeitenden. Wir halten die 1,8 Millionen nicht für übertrieben.*

Weitere Wortmeldungen:

Margrit Haller (SVP): *Ein Bericht des Bundesamts für Justiz aus dem Jahr 2006 über die Evaluation der Wirksamkeit des Gleichstellungsgesetzes besagt, dass es in den Unternehmen immer noch Anreize für die tatsächliche Gleichstellung braucht. Dafür gibt es schweizerische und kantonale Fachstellen für Gleichstellung. Die Stadt Zürich als Arbeitgeber lebt diese Gleichstellung bereits. Die städtischen Angestellten werden aufgrund ihres Geschlechts nicht mehr diskriminiert. Im Personalrecht ist geregelt, wie bei Mobbing oder sexueller Belästigung vorzugehen ist. Die Stadt braucht keine Fachstelle für Gleichstellung mehr. Aufgaben wie Gewalt in Teenagerbeziehungen, faire Arbeitsbedingungen in Privathaushalten oder Vaterlöhne können entweder beim Sozialamt*

oder beim Amt für Arbeit und Wirtschaft angesiedelt werden oder auf privater Basis erfolgen.

Hans Urs von Matt (SP): Severin Pflüger (FDP) möchte messen können, wann die Gleichstellung erreicht ist. Zwei mögliche Kriterien wären die Ressourcenverteilung und die Repräsentation. Gleichstellung ist dann erreicht, wenn das Einkommen, das Vermögen, bezahlte, unbezahlte Arbeit zu etwa gleichen Teilen verteilt ist. Beim Einkommen und Vermögen existieren bei den Geschlechtern nach wie vor sehr grosse Differenzen. Zur Repräsentation: Etwa die Hälfte der Bevölkerung besteht aus Männern, die andere Hälfte oder sogar etwas mehr aus Frauen. Diese müssten auch anteilmässig in den Parteien vertreten sein.

Severin Pflüger (FDP): Hans Urs von Matt (SP) verlangte gleiches Einkommen und Vermögen für alle. Er hat hier Gleichstellung wohl mit Marxismus verwechselt. Wir werden hier nie auf eine Linie kommen.

Namens des Stadtrats nimmt die Stadtpräsidentin Stellung.

STP Corine Mauch: Es ist schwierig, einen Erfolg auf einen simplen Nenner zu bringen. In der Schweiz wurden zahlreiche Anläufe unternommen, das Frauenstimmrecht einzuführen. Hätten wir nach dem zweiten oder dritten Versuch aufgegeben, hätten wir es heute noch nicht. Der Anteil der weiblichen Geschäftsleitungsmitglieder in den 115 grössten Unternehmen der Schweiz liegt bei lediglich 5 %. Auch in der Stadtverwaltung sind nur 18,5 % Frauen im obersten Kader zu finden. Die Lohndiskriminierung beträgt immer noch 28 %. Die Fachstelle für Gleichstellung ist auf zahlreichen Ebenen aktiv: Im Zusammenhang mit der städtischen Verwaltung mit dem städtischen Gleichstellungsplan, gegen aussen im Zusammenhang mit Zwangsheirat und häuslicher Gewalt oder mit Beratung und Information zu Care-Arrangements in Privathaushalten. Die Fachstelle bietet auch spezifische Angebote für Männer und Frauen an, zum Beispiel Teilzeitarbeit in Kaderpositionen für Mütter und Väter. Es gibt noch sehr viel zu tun. Die Erfolge mögen nicht so einfach zu messen zu sein, doch sie sind Jahr für Jahr sichtbar. Es geschieht etwas. Die Arbeit der Fachstelle wird weiterhin benötigt.

S. 126 15
1506
Saldo

PRÄSIDENTIALDEPARTEMENT
Fachstelle für Gleichstellung
Laufende Rechnung / Saldo

		Verbesserung	Verschlechterung	Betrag		Stimmen
064.	Antrag Stadtrat			1 803 400	Mehrheit	Samuel Dubno (GLP) Referent, Vizepräsidentin Rebeka Wyler (SP), Walter Angst (AL), Andrea Nüssli-Danuser (SP), Karin Rykart Sutter (Grüne), Christine Seidler (SP), Florian Utz (SP)

24 / 66

1 803 400	0	Minderheit 1	Dr. Daniel Regli (SVP) Referent, Präsident Roger Liebi (SVP)
1 538 400	265 000	Minderheit 2	Dr. Urs Egger (FDP) Referent, Urs Schmid (FDP)
Begründung: FDP: Fachstelle im Grunde nötig, jedoch ein/e Stellenleiter/in und ein/e Assistent/in genügen in der heutigen Zeit für die Wahrnehmung der bestehenden Aufgaben, Verwaltung und Bevölkerung sind genug sensibilisiert. Es geht darum, das Niveau zu halten; SVP: Fachstelle für Gleichstellung auflösen			

Abstimmung gemäss Art. 36 GeschO GR (gleichgeordnete Anträge):

Antrag Stadtrat / Mehrheit	(1 803 400)	71 Stimmen
Antrag Minderheit 1	(0)	26 Stimmen
Antrag Minderheit 2	(265 000)	<u>27 Stimmen</u>
Total		124 Stimmen
= absolutes Mehr		63 Stimmen

Damit ist dem Antrag der Mehrheit zugestimmt.

Antrag 065.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Dr. Daniel Regli (SVP): Für das Museum Rietberg werden 382 000 Franken für Personalaufwand beantragt. Betrachtet man die Sache genauer, ist der Betrag 2013 nicht zwingend. Im letzten Jahr fielen die mit 210 000 Franken fremdfinanzierten Stellen weg. Diese können für 2013 nicht eingestellt werden, weil die Fremdfinanzierung nicht mehr stattfindet. Natürlich will das nun die Stadt übernehmen. Es könnte aber auch die Frage gestellt werden, warum jemand plötzlich zwei Stellen nicht mehr bezahlen will. Zudem soll eine teure Stelle für Provenienzforschung geschaffen werden. Für richtige Provenienzforschung reichen die Mittel bei Weitem nicht. Das Gesamtergebnis ist ausserdem unverständlich. Bereits 2012 haben wir akzeptiert, dass das Gesamtergebnis 2 Millionen Franken weniger beträgt. Auch 2013 ist es immer noch um 2 Millionen Franken tiefer als in der Rechnung 2011. Auch für das Sponsoring für Ausstellungen ist kein Betrag eingesetzt, obwohl 2012 noch 700 000 Franken flossen. Warum wurden die 700 000 Franken für die Sonderausstellungen nicht gesprochen? Sonderausstellungen brachten in früheren Jahren sehr viel höhere Erträge. Eine Einsparung von 3 % des Gesamtaufwandes sollte gut möglich sein.

Samuel Dubno (GLP): Die Kürzung wird mit Personalkosten begründet. In der Spezialkommission wurde uns das Museum Rietberg präsentiert und die Stellen gut begründet. Die Stellen werden teilweise auch durch Mehrverkäufe und Sponsoringeinnahmen kompensiert.

S. 128	15 1520 PG 1	PRÄSIDENTIALDEPARTEMENT				
		Museum Rietberg				
		Laufende Rechnung: Produktgruppen-Globalbudget / Saldo				
		Verbesserung	Verschlechterung	Betrag		Stimmen
065.	Antrag Stadtrat			8 531 400	Mehrheit	Samuel Dubno (GLP) Referent, Vizepräsidentin Rebekka Wyler (SP), Walter Angst (AL), Dr. Urs Egger (FDP), Andrea Nüssli-Danuser (SP), Karin Rykart Sutter (Grüne), Urs Schmid (FDP), Christine Seidler (SP), Florian Utz (SP) Dr. Daniel Regli (SVP) Referent, Präsident Roger Liebi (SVP)
		382 000		8 149 400	Minderheit	
		Begründung: Keine Erhöhung der Personalkosten				

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 99 gegen 24 Stimmen zu.

Antrag 066.

Kommissionsminderheit-/Mehrheit:

Ruth Anhorn (SVP): Das Bestattungs- und Friedhofsamt ist für die Anmeldung von Todesfällen zuständig und informiert bisher auch über Fragen zu Abdankung und Todesfall. Auch persönliche Wünsche beim eigenen Tod konnten hinterlegt werden. Unserer Meinung nach ist es nicht nötig, für solche Fragen mit dem Friedhof-Forum eine zusätzliche Einrichtung zu schaffen. Das Forum ist zudem nicht voll zu Bürozeiten belegt. Die Auskünfte sind heute bereits im Stadthaus erhältlich. Wir beantragen eine Kürzung von 96 700 Franken.

Samuel Dubno (GLP): Die Mehrheit der RPK erachtet es als schwierig, ein bereits eingerichtetes Friedhof-Forum nicht einzurichten.

26 / 66

S. 131	15 1530 3913 0000	PRÄSIDIALDEPARTEMENT Bevölkerungsamt Vergütung an IMMO für Raumkosten				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
066.	Antrag Stadtrat				5 920 700	Mehrheit
			96 700		5 824 000	Minderheit
						Samuel Dubno (GLP) Referent, Vizepräsidentin Rebekka Wyler (SP), Walter Angst (AL), Dr. Urs Egger (FDP), Andrea Nüssli-Danuser (SP), Karin Rykart Sutter (Grüne), Urs Schmid (FDP), Christine Seidler (SP), Florian Utz (SP) Dr. Daniel Regli (SVP) Referent, Präsident Roger Liebi (SVP)
			Begründung: Keine Einrichtung eines Friedhof-Forums			

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 96 gegen 26 Stimmen zu.

Antrag 067.

Kommissionsreferent:

Samuel Dubno (GLP): Die Mehrheit der RPK ist auch hier der Meinung, dass eine Dienstabteilung mit 29 Mitarbeitenden, also in der Grössenordnung eines KMU, durchaus eine Reorganisation vornehmen darf. Dies sollte aber auch ohne oder mit kleinerer externer Unterstützung möglich sein.

S. 133	15 1560 3186 0000	PRÄSIDIALDEPARTEMENT Statistik Stadt Zürich Entschädigungen für Dienstleistungen Dritter im Zusammenhang mit Projektbegleitung, -beratung und Organisationsentwicklung				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
067.	Antrag Stadtrat				120 000	
			60 000		60 000	Zustimmung
						Samuel Dubno (GLP) Referent, Präsident Roger Liebi (SVP), Vizepräsidentin Rebekka Wyler (SP), Dr. Urs Egger (FDP), Andrea Nüssli-Danuser (SP), Dr. Daniel Regli (SVP), Karin Rykart Sutter (Grüne), Urs Schmid (FDP), Christine Seidler (SP), Florian Utz (SP) Enthaltung Walter Angst (AL)
			Begründung: Reorganisation ohne externe Begleitung			

Der Rat stimmt dem Antrag der RPK mit 122 gegen 0 Stimmen zu.

Antrag 068.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Roger Liebi (SVP): *Wir sind nach wie vor der Meinung, dass es sich beim Projektstab Stadtrat um eine Funktion handelt, die neu geschaffen wurde, weil man im Präsidialdepartement Veränderungen wollte. Damals hiess es, der Stab sei wichtig, um die übergeordneten Bauprojekte zu koordinieren. Diese Aufgabe wäre durchaus sinnvoll gewesen. Doch betrachtet man die Aufgaben, um die sich die Stelle wirklich kümmert, sieht es etwas anders aus. Auf Nachfrage erhielten wir die Information, dass die meisten der Projekte in den Departementen umgesetzt werden, doch die Koordination und Planung liege beim Projektstab. Plötzlich sind dann dort auch viele Kommunikationsprojekte enthalten, aber eigentlich nichts, das wirklich einen Projektstab erfordern würde. Ich kann mir nicht vorstellen, welche Verbesserungen ausser der verstärkten Kommunikation bis jetzt erreicht wurden. Die Stelle als solche wird nicht benötigt.*

Samuel Dubno (GLP): *Die Mehrheit der RPK erachtet den Projektstab als sinnvoll. Es gibt sehr grosse Projekte, die über die ganze Stadtverwaltung gehen. Die Mehrheit der RPK begrüsst es, dass hier eine zentrale Leitungsstelle vorhanden ist.*

S. 134	15 1561 Saldo	PRÄSIDIALDEPARTEMENT Projektstab Stadtrat im Präsidialdepartement Laufende Rechnung / Saldo				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
068.	Antrag Stadtrat				2 344 200	Mehrheit Samuel Dubno (GLP) Referent, Vizepräsidentin Rebekka Wyler (SP), Dr. Urs Egger (FDP), Andrea Nüssli-Danuser (SP), Karin Rykart Sutter (Grüne), Urs Schmid (FDP), Christine Seidler (SP), Florian Utz (SP)
			2 344 200		0	Minderheit Präsident Roger Liebi (SVP) Referent, Dr. Daniel Regli (SVP)
						Enthaltung Walter Angst (AL)
		Begründung:	Projektstab Stadtrat auflösen			

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 88 gegen 26 Stimmen zu.

Antrag 069.

Kommissionsreferent:

Samuel Dubno (GLP): Die Begründung gilt sowohl für Antrag 69. als auch für Antrag 70: Die Mehrheit der RPK ist der Meinung, dass eine Kürzung von 10 % für die Umsetzung der sogenannten Legislatorschwerpunkte durchaus vertretbar ist.

S. 134 15
1561
3186 0810

PRÄSIDENTIALDEPARTEMENT
Projektstab Stadtrat im Präsidialdepartement
Entschädigungen für Dienstleistungen Dritter im Zusammenhang mit den Legislatorschwerpunkten: Öffentlichkeitsarbeit und Kommunikation

		Verbesserung	Verschlechterung	Betrag		Stimmen
069.	Antrag Stadtrat			500 000		
		50 000		450 000	Zustimmung	Samuel Dubno (GLP) Referent, Präsident Roger Liebi (SVP), Vizepräsidentin Rebekka Wyler (SP), Dr. Urs Egger (FDP), Andrea Nüssli-Danuser (SP), Dr. Daniel Regli (SVP), Karin Rykart Sutter (Grüne), Urs Schmid (FDP), Christine Seidler (SP), Florian Utz (SP)
					Enthaltung	Walter Angst (AL)

Begründung: 10 % Kürzung bei Umsetzung LSP vertretbar

Der Rat stimmt dem Antrag der RPK mit 123 gegen 0 Stimmen zu.

29 / 66

Antrag 070.

Wortmeldung siehe Antrag 069 (Beschluss-Nr. 3404/2012).

S. 134	15 1561 3186 0820	PRÄSIDIALDEPARTEMENT Projektstab Stadtrat im Präsidialdepartement Entschädigungen für Dienstleistungen Dritter im Zusammenhang mit den Legisla- turschwerpunkten: Projektumsetzung				
			Verbesserung	Verschlech- terung	Betrag	Stimmen
070.	Antrag Stadtrat				950 000	
			95 000		855 000	Zustimmung
						Samuel Dubno (GLP) Referent, Präsident Roger Liebi (SVP), Vizepräsidentin Rebekka Wyler (SP), Dr. Urs Egger (FDP), Andrea Nüssli-Danuser (SP), Dr. Daniel Regli (SVP), Karin Rykart Sutter (Grüne), Urs Schmid (FDP), Christine Seidler (SP), Florian Utz (SP)
						Enthaltung Walter Angst (AL)
		Begründung:	10 % Kürzung bei Umsetzung LSP vertretbar			

Der Rat stimmt dem Antrag der RPK mit 123 gegen 0 Stimmen zu.

FINANZDEPARTEMENT

Antrag 071.

Kommissionsreferent:

Walter Angst (AL): *Es handelt sich gemäss Finanzdepartement um eine Fehlbudgetierung. Wir stimmen zu.*

S. 142	20 2000 3170 0000	FINANZDEPARTEMENT Finanzdepartement Zentrale Verwaltung Reise- und Spesenentschädigungen des Personals			
		Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
071.	Antrag Stadtrat	12 100		52 100 40 000	Zustimmung
					Walter Angst (AL) Referent, Präsident Roger Liebi (SVP), Vizepräsidentin Rebekka Wyler (SP), Samuel Dubno (GLP), Dr. Urs Egger (FDP), Andrea Nüssli-Danuser (SP), Dr. Daniel Regli (SVP), Karin Rykart Sutter (Grüne), Urs Schmid (FDP), Christine Seidler (SP), Florian Utz (SP)
				Begründung:	Fehler Budgetierung (gemäss Antwort auf Rückfragen 1. Lesung) / Neuer Betrag Fr. 40 000

Der Rat stimmt dem Antrag der RPK mit 123 gegen 0 Stimmen zu.

Antrag 072.

Kommissionsminderheiten/-mehrheit:

Dr. Bernhard im Oberdorf (SVP): *Es handelt sich um ein sympathisches Vorhaben. Dennoch ist es nicht die Kernaufgabe der Stadt, Berggemeinden zu unterstützen. Ich bezweifle zudem, dass es dem Volkswillen entspricht.*

Samuel Dubno (GLP): *Es existiert aber eine Volksabstimmung dazu. Die Minderheit 2 erachtet jedoch die Höhe des Beitrags nicht als zwingend vorgegeben und beantragt eine Halbierung des Beitrags.*

Walter Angst (AL): *Nur einen Solidaritätsbeitrag zu sprechen, ist nicht mehr zweckmässig.*

Weitere Wortmeldung:

Roger Liebi (SVP): Vor einigen Jahren haben wir über einen Finanzausgleich abgestimmt, der insbesondere den Kanton Zürich und damit auch die Stadtzürcher stark belastet. Damals hiess es, der Beitrag müsse so hoch sein, damit die Berggemeinden entsprechend abgegolten werden könnten. Es ist etwas schwierig, hier von einem Solidaritätsbeitrag zu sprechen. Ein Beitrag fliesst bereits über den Finanzausgleich. In den letzten Jahren gab es immer wieder entsprechende Beiträge. Es ist nicht notwendig, dass die Stadt Zürich hier nochmals zusätzlich Gelder spricht.

S. 143	20 2000 3620 0101	FINANZDEPARTEMENT Finanzdepartement Zentrale Verwaltung Beiträge für Projekte von Berggemeinden				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
072.	Antrag Stadtrat				500 000	Mehrheit
			500 000		0	Minderheit 1
			250 000		250 000	Minderheit 2
			Begründung: FDP/GLP: Volksabstimmung gibt den Betrag nicht vor; SVP: Keine städtische Aufgabe			
						Walter Angst (AL) Referent, Vizepräsidentin Rebekka Wyler (SP), Andrea Nüssli-Danuser (SP), Karin Rykart Sutter (Grüne), Christine Seidler (SP), Florian Utz (SP) Präsident Roger Liebi (SVP) Referent, Dr. Daniel Regli (SVP) Samuel Dubno (GLP) Referent, Dr. Urs Egger (FDP), Urs Schmid (FDP)

Abstimmung gemäss Art. 36 GeschO GR (gleichgeordnete Anträge):

Antrag Stadtrat / Mehrheit	(500 000)	71 Stimmen
Antrag Minderheit 1	(0)	24 Stimmen
Antrag Minderheit 2	(250 000)	<u>29 Stimmen</u>
Total		124 Stimmen
= absolutes Mehr		63 Stimmen

Damit ist dem Antrag der Mehrheit zugestimmt.

Antrag 073.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Dr. Bernhard im Oberdorf (SVP): Wir haben uns bereits früher darauf geeinigt, dass die Nothilfe im Ausland keine Aufgabe der Stadt ist. Die Situation ist immer noch die gleiche. Muss Nothilfe geleistet werden, ist dies Sache des Bundes oder der privaten Organisationen, aber sicher nicht Aufgabe der Stadt. Vor allem dann nicht, wenn sich die Stadt in einer finanziell schwierigen Lage befindet. Unterstützen Sie aus eigener Kasse private Organisationen. Dort ist auch genau definiert, wohin das Geld fließt.

Walter Angst (AL): Die Mehrheit der RPK ist der Meinung, dass sich die Stadt Zürich die humanitäre Hilfe im Ausland leisten kann.

S. 143	20 2000 3670 0099	FINANZDEPARTEMENT Finanzdepartement Zentrale Verwaltung Humanitäre Hilfe im Ausland				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
073.	Antrag Stadtrat				100 000	Mehrheit
			100 000		0	Minderheit
			Begründung: Keine Kernaufgabe der Stadt			

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 97 gegen 26 Stimmen zu.

Antrag 074.

Kommissionsminderheiten/-mehrheit:

Urs Schmid (FDP): Auf eine Interpellationsanfrage von Monika Erfigen (SVP) und Roger Liebi (SVP) schrieb der Stadtrat, dass für Entwicklungshilfe im Ausland Beiträge in der Grössenordnung von 500 000 Franken ungeschmälert für Projekte verwendet werden. Die Minderheit 1 ist überzeugt, dass der Betrag auf dem langjährigen Durchschnitt belassen werden kann. In der Rechnung 2011 wurde auch der Betrag von 500 000 Franken ausgewiesen.

Dr. Daniel Regli (SVP): Wir beantragen die Streichung der 3,5 Millionen Franken für die gesamte Entwicklungszusammenarbeit mit dem Ausland. Das DEZA allein schickt für Entwicklungszusammenarbeit jährlich 1,2 Milliarden Franken ins Ausland. Viele afrikanische Ökonomen plädieren für den Stopp der Entwicklungshilfe. Die Empfänger in Afrika werden ärmer, die Korruption greift um sich, unter den Hilfswerken herrscht ein Gerangel. Das BIP von Mosambik war zu einer gewissen Zeit zu 60 % fremdunterstützt. 150 NGOs behinderten sich gegenseitig bei der Arbeit. In den Ländern selbst sinkt die Produktivität. In vielen Ländern Afrikas herrscht ein soziales, ökonomisches und ethnisches Chaos. Ghana war vor 40 Jahren reicher als Südkorea. Heute ist Südkorea in seiner Produktivität 40 Mal stärker als Ghana. Nigeria ist der sechstgrösste Erdölproduzent und -exporteur der Welt und braucht Entwicklungsgelder. Dies ist auch bei anderen Ländern zu beobachten. Die Entwicklungshilfe der Stadt Zürich kann guten Gewissens gestoppt werden.

Walter Angst (AL): Die Argumentation von Dr. Daniel Regli (SVP) ist nicht total abwegig. Doch die Armut von Ghana und der Reichtum von Korea sind gewiss nicht ein Produkt der Verteilung der Entwicklungshilfegelder. Korea hat eine andere Politik gemacht. Es wäre falsch, die Entwicklungshilfe für die Armut in der Welt verantwortlich zu machen. Deshalb ist die Mehrheit der RPK der Meinung, dass wir mit dem Beitrag mit den klaren Vorgaben, die der Stadtrat setzt, in gute Projekte investieren sollen.

Weitere Wortmeldungen:

Christoph Spiess (SD): Im letzten Jahr wurde die Frage aufgeworfen, ob es wirklich eine Aufgabe von Zürich sei, im Ausland Entwicklungshilfe zu betreiben. Als Trotzreaktion darauf wurde der Betrag versiebenfacht. Wir sind auch heute der Meinung, dass Entwicklungshilfe keine kommunale Aufgabe ist. Der Bund schüttet Milliarden von Franken in das Fass ohne Boden. Ob das den gewünschten Nutzen bringt, ist fraglich. Es gibt sicherlich auch sinnvolle Formen der Entwicklungshilfe, so etwa Hilfe zur Selbsthilfe. Es ist aber primär eine Bundesaufgabe. Besonders auch mit Blick auf die Finanzlage wäre es an der Zeit, wieder zu den 500 000 Franken zurückzukehren. Nicht zuletzt geht es auch um die Gleichbehandlung im Bezug auf die Inlandhilfe. Es ist stossend, dass man für unsere Miteidgenossen in den Berggebieten siebenmal weniger Geld aufwenden will.

Dr. Bernhard im Oberdorf (SVP): An der Universität sprach kürzlich ein Arzt, der sich sehr für Entwicklungshilfe engagiert. Er war jahrzehntelang im Albert-Schweitzer-Spital in Lambarene tätig und berichtete von seinen Erfahrungen mit Entwicklungshilfe – unter anderem von Fehlinvestitionen, ohne Ersatzteile gelieferte Geräte, die teilweise defekt waren, völlig unterdotierte Spitäler, denen es an Material fehlte, weil Bürokratien verhinderten, dass Medikamente geliefert werden können. Dieser Mann engagiert sich wirklich sehr für Entwicklungshilfe. Er plädierte aber dafür, dass man die Entwicklungshilfe einmal etwas reduzieren müsste, damit diese Länder lernen, selber etwas zu unternehmen. Die Entwicklungshilfe an sich ist fragwürdig, besonders finanziert von der Stadt Zürich, die kein Geld für so etwas hat.

34 / 66

S. 143 **20**
2000
3670 0199

FINANZDEPARTEMENT
Finanzdepartement Zentrale Verwaltung
Beiträge zugunsten von Entwicklungsländern

	Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen	
074. Antrag Stadtrat			3 500 000	Mehrheit	Walter Angst (AL) Referent, Vizepräsidentin Rebekka Wyler (SP), Samuel Dubno (GLP), Andrea Nüssli-Danuser (SP), Karin Rykart Sutter (Grüne), Christine Seidler (SP), Florian Utz (SP)
	3 000 000		500 000	Minderheit 1	Urs Schmid (FDP) Referent, Dr. Urs Egger (FDP) Antrag der Schweizer Demokraten (SD)
	3 500 000		0	Minderheit 2	Dr. Daniel Regli (SVP) Referent, Präsident Roger Liebi (SVP)

Begründung: SVP: Keine Kernaufgabe der Stadt, Verzicht wegen schwieriger Finanzlage; FDP: Reduktion auf langjährigen Durchschnitt
SD: Entwicklungshilfe ist keine kommunale Aufgabe, Gleichstellung mit Inlandhilfe (Kto. 2000 3620 0101), Beitrag zum notwendigen Sparen

Abstimmung gemäss Art. 36 GeschO GR (gleichgeordnete Anträge):

Antrag Stadtrat / Mehrheit	(3 500 000)	70 Stimmen
Antrag Minderheit 1	(500 000)	19 Stimmen
Antrag Minderheit 2	(0)	<u>23 Stimmen</u>
Total		112 Stimmen
= absolutes Mehr		57 Stimmen

Damit ist dem Antrag der Mehrheit zugestimmt.

Antrag 075.

Kommissionsminderheiten/-mehrheit:

Walter Angst (AL): Am 3. März wird die Volksabstimmung zur Stiftung für bezahlbare und ökologische Wohnungen stattfinden. Die Abstimmung kommt zu einem Zeitpunkt, zu dem die Investitionsrechnung der Stadt Zürich durch die 80-Millionen-Ausgabe stark belastet würde. Die AL hat vorgeschlagen, den Gesamtbetrag in zwei Etappen auszahlend und damit eine längerfristige, jährlich reduzierte Abschreibung des Kapitals zu erreichen. Wir hatten den Eindruck, dass dies ein sinnvoller Kompromiss wäre. Der Vorschlag würde die Stiftung auch nicht daran hindern, sich aufzubauen. Die PWG konnte

damals von einem Zins von 8 % profitieren und die Stiftung so wachsen lassen. Die Stiftung für bezahlbare und ökologische Wohnungen wird in der heutigen Zinssituation nicht wachsen können, auch wenn sie am Anfang 80 Millionen Franken erhält. Unserer Meinung nach wäre die Etappierung ein sinnvoller Vorschlag gewesen. Es gäbe aber keine Mehrheit für den sinnvollen Mittelweg, weil insbesondere von der Seite der Initianten nicht Hand geboten wird für einen Brückenschlag. Deswegen ziehen wir den Antrag zurück.

Dr. Urs Egger (FDP): *Die FDP ist der Meinung, dass die Stiftung nicht notwendig ist. Sollte dem Beitrag aber zugestimmt werden, könnte man es auch erst im 2014 realisieren. Sollte sich aber aufgrund der Diskussionen im Rat eine Mehrheit für die Minderheit 1 ergeben, würden wir uns möglicherweise dort anschliessen.*

Rebekka Wyler (SP): *Walter Angst (AL) hat seinen Antrag zurückgezogen, daher verzichte ich darauf, zu erklären, weshalb sich die Staffelung etwas schwierig gestalten könnte. Zum Votum von Urs Egger (FDP): Die Mehrheit der Kommission ist hier klar anderer Meinung. Wir unterstützen die Stiftung an sich.*

Weitere Wortmeldungen:

Samuel Dubno (GLP): *Wir stehen der Stiftung aus budgetären, demokratischen und rechtlichen Überlegungen sehr kritisch gegenüber. Einer Streichung oder Kürzung stehen wir aber ebenfalls kritisch gegenüber. Fragwürdig ist die Haltung der CVP, die für die Stiftung ist, aber heute im Rat für die Streichung eintreten wird.*

Jean-Claude Virchaux (CVP): *Wir haben uns überlegt, die 80 Millionen Franken zu streichen. Der Grund liegt aber darin, dass wir überzeugt sind, dass die Stiftung das Geld 2013 noch nicht braucht, um etwas ökologisch und günstig zu bauen. Deshalb haben wir uns überlegt, die 80 Millionen Franken 2013 zu streichen beziehungsweise auch die 8 Millionen Franken Abschreibungen. Wir haben die Stiftung aber immer unterstützt. Fällt die Volksabstimmung zugunsten der Stiftung aus, hat sie das Recht, das Geld zu erhalten. Sie hat das Recht auf die Kapitalerträge aus diesem Geld. Deshalb ist eigentlich klar, dass die 80 Millionen Franken im Jahr 2013 wohl oder übel der Stiftung ausbezahlt werden müssen.*

S. 144 20
2000
523105

FINANZDEPARTEMENT
Finanzdepartement Zentrale Verwaltung
Stiftungskapital an Stiftung für bezahlbare und ökologische Wohnungen

	Verbesserung	Verschlechterung	Betrag		Stimmen
075.	Antrag Stadtrat		80 000 000	Mehrheit	Vizepräsidentin Rebekka Wyler (SP) Referentin, Samuel Dubno (GLP), Andrea Nüssli-Danuser (SP), Karin Rykart Sutter (Grüne), Christine Seidler (SP), Florian Utz (SP)

40 000 000	40 000 000	Minderheit 1	Walter Angst (AL) Referent
80 000 000	0	Minderheit 2	Dr. Urs Egger (FDP)
			Referent, Präsident Roger Liebi (SVP), Dr. Daniel Regli (SVP), Urs Schmid (FDP)
Begründung: SVP/FDP: Verschiebung der Stiftung auf 2014; AL: Längerfristige, jährlich reduzierte Abschreibung des Kapitals der Stiftung «Bezahlbar UND ökologisch wohnen!» dank Etappierung der Auszahlung (40 Mio. 2013, 40 Mio. zu einem späteren Zeitpunkt)			

Walter Angst (AL) zieht den Antrag der Minderheit 1 zurück.

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 84 gegen 41 Stimmen zu.

Antrag 076.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Urs Fehr (SVP): *Wir sind aus verschiedenen Gründen dagegen, dass die Stadt Zürich der Messe Schweiz ein verzinsliches Darlehen für einen Neubau in Basel geben soll. Es handelt sich sicher nicht um eine Kernkompetenz der Stadt Zürich. Zudem sehen wir nicht ein, warum Zürich den Standort Basel in diesem Masse unterstützen soll. Wollen die Basler dort etwas bauen, sollen sie es selbst finanzieren.*

Walter Angst (AL): *Die Basler finanzieren auch unsere Messe in Zürich. Deshalb wollen wir auch ihre Messe finanzieren. Wir haben dazu eine Weisung verabschiedet. Die Sache ist klar geregelt. Die 20 Millionen Franken sind beschlossen und gehören ins Budget.*

S. 144	20	FINANZDEPARTEMENT			
	2000	Finanzdepartement Zentrale Verwaltung			
	525119	Verzinsliches Darlehen an MCH Messe Schweiz AG für Neubau Messezentrum Basel 2012			
		Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
076.	Antrag Stadtrat			20 000 000	Mehrheit
				20 000 000	0
					Minderheit
		Begründung: Aufgrund der schwierigen Finanzlage Zürichs Konzentration auf Kernaufgabe			

37 / 66

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 95 gegen 26 Stimmen zu.

Antrag 077.

Kommissionsreferent:

Walter Angst (AL): Eine Gruppe von Stadtpolizisten organisiert seit längerem ein Festival in Zürich. Bei den letzten zwei Festivals entwickelte sich eine finanzielle Notlage. Die Polizisten mussten eine Art humanitäre Nothilfe beanspruchen, um nicht Konkurs zu gehen. Die Stadt Zürich sprach letztes Jahr neben anderen Subventionen einen Kontokorrentkredit von 500 000 Franken. Nun soll dieser Betrag in ein Darlehen umgewandelt werden. Der Stadtrat hat beantragt, die 500 000 Franken auf 700 000 Franken zu erhöhen. Die Mehrheit der RPK ist der Meinung, dass die Umwandlung sinnvoll ist und man das Geld langfristig wieder zurückerhalten kann. Die Erhöhung des Beitrags erachten wir aber nicht als sinnvoll.

S. -	20 2000 525145	FINANZDEPARTEMENT Finanzdepartement Zentrale Verwaltung Darlehen an Verein Zurich Tattoo Productions			
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag
					Stimmen
077.	Antrag Stadtrat		200 000		0 700 000 N 500 000
				Zustimmung	Walter Angst (AL) Referent, Präsident Roger Liebi (SVP), Vizepräsidentin Rebekka Wyler (SP), Samuel Dubno (GLP), Dr. Urs Egger (FDP), Andrea Nüssli-Danuser (SP), Dr. Daniel Regli (SVP), Karin Rykart Sutter (Grüne), Urs Schmid (FDP), Christine Seidler (SP), Florian Utz (SP)

Begründung: Keine Erhöhung des von einem Kontokorrentkredit in ein Darlehen umgewandelten Betrags

Ausstand: Karin Weyermann (CVP)

Der Rat stimmt dem Antrag der RPK mit 116 gegen 6 Stimmen zu.

Antrag 078.

Kommissionsreferent:

Samuel Dubno (GLP): Die Beiträge für die Entschädigungen für Dienstleistungen Dritter werden unter anderem mit der verzögerten Einführung von HRM2 begründet. Auch der Abschluss im Kantonsrat wird nicht vor Ende 2013 erfolgen. Wir gehen davon aus, dass die Arbeiten im kommenden Jahr noch nicht oder verspätet in Angriff genommen werden können und man diesen Betrag um einen Drittel kürzen kann.

S. 150	20 2015	3186 0000	FINANZDEPARTEMENT Finanzverwaltung Entschädigungen für Dienstleistungen Dritter im Zusammenhang mit Projektbegleitung, -beratung und Organisationsentwicklung			
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
078.	Antrag Stadtrat				240 000	
		80 000			160 000	Zustimmung
						Samuel Dubno (GLP) Referent, Präsident Roger Liebi (SVP), Vizepräsidentin Rebekka Wyler (SP), Walter Angst (AL), Dr. Urs Egger (FDP), Andrea Nüssli-Danuser (SP), Dr. Daniel Regli (SVP), Karin Rykart Sutter (Grüne), Urs Schmid (FDP), Christine Seidler (SP), Florian Utz (SP)
						Begründung: Projektverzögerung HRM2

Der Rat stimmt dem Antrag der RPK mit 117 gegen 0 Stimmen zu.

Antrag 079.

Kommissionsreferent:

Walter Angst (AL): Es handelt sich um eine Budgetkorrektur, die vom Stadtrat angekündigt wurde. Es ist kein Sparprogramm. Die 820 000 Franken fliessen in die Reserven dieses Rechnungskreises.

S. 159	20 2022	3142 0102	FINANZDEPARTEMENT Wohnliegenschaften Renovationen der Liegenschaften des FV			
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
079.	Antrag Stadtrat				9 992 000	

39 / 66

820 000	9 172 000	Zustimmung	Walter Angst (AL) Referent, Präsident Roger Liebi (SVP), Vizepräsidentin Rebekka Wyler (SP), Samuel Dubno (GLP), Dr. Urs Egger (FDP), Andrea Nüssli-Danuser (SP), Dr. Daniel Regli (SVP), Karin Rykart Sutter (Grüne), Urs Schmid (FDP), Christine Seidler (SP), Florian Utz (SP)
---------	-----------	------------	---

Begründung: Innenrenovation Liegenschaft Frei-/Forchstrasse wird nicht ausgeführt

Der Rat stimmt dem Antrag der RPK mit 120 gegen 0 Stimmen zu.

Antrag 080.

Kommissionsreferent:

Walter Angst (AL): *Es handelt sich auch hier um eine vom Stadtrat angekündigte Budgetkorrektur und nicht um Sparmassnahmen. Das Geld fliesst in die Reserven. Aber die Erträge sind höher.*

S. 166	20 2025 4399 0000	FINANZDEPARTEMENT Restaurants Übrige Entgelte				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
080.	Antrag Stadtrat				- 152 000	
					100 000	Zustimmung
						Walter Angst (AL) Referent, Präsident Roger Liebi (SVP), Vizepräsidentin Rebekka Wyler (SP), Samuel Dubno (GLP), Dr. Urs Egger (FDP), Andrea Nüssli-Danuser (SP), Dr. Daniel Regli (SVP), Karin Rykart Sutter (Grüne), Urs Schmid (FDP), Christine Seidler (SP), Florian Utz (SP)

Begründung: Ertrag aus Biervertrag mit Carlsberg fällt höher aus

Der Rat stimmt dem Antrag der RPK mit 120 gegen 0 Stimmen zu.

Antrag 081.

Kommissionsreferent:

Samuel Dubno (GLP): Ursprünglich wurde ein Betrag von 500 000 Franken für Altlastensanierung im Budget eingestellt. Für das nächste Jahr sind allerdings keine Altlastensanierungen geplant. Aus diesem Grund macht es Sinn, einen Pro-Memoria-Betrag von 100 000 Franken auf diesem Konto stehen zu lassen.

S. 167	20 2026 3142 0103	FINANZDEPARTEMENT Baulandreserven, Landreserven ausserhalb der Stadt Altlastensanierungen				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
081.	Antrag Stadtrat				500 000	
			400 000		100 000	Zustimmung Samuel Dubno (GLP) Referent, Präsident Roger Liebi (SVP), Vizepräsidentin Rebekka Wyler (SP), Walter Angst (AL), Dr. Urs Egger (FDP), Andrea Nüssli-Danuser (SP), Dr. Daniel Regli (SVP), Karin Rykart Sutter (Grüne), Urs Schmid (FDP), Christine Seidler (SP), Florian Utz (SP)

Begründung: Keine Sanierungen geplant

Der Rat stimmt dem Antrag der RPK mit 119 gegen 0 Stimmen zu.

Antrag 082.

Kommissionsmehrheit/-minderheit:

Samuel Dubno (GLP): Es geht um einen Übertrag von nicht betriebsnotwendigen Überschüssen an die Finanzverwaltung aus dem Rechnungskreislauf Gewerbeimmobilien. Auf unsere Nachfrage, welcher Betrag notwendig sei, erhielten wir die Antwort, die Erneuerungsreserven seien mehr als ausreichend dotiert. In den letzten fünf Jahren konnte zudem ein jährlicher Zuwachs von durchschnittlich 12,8 Millionen Franken verzeichnet werden. Wird der Betrag von 6 auf 10 Millionen Franken erhöht, wird die Erneuerungsreserve immer noch laufen. Die Übertragung ist zu verantworten.

Walter Angst (AL): Wir haben uns im Rat einst darauf geeinigt, dass die Rechnungskreise der Liegenschaftenverwaltung nicht für den Ausgleich der Stadtkasse benutzt werden. Bei den Reserven handelt es sich um Rückstellungen, die für eine aktive Wohnpolitik eingesetzt werden können. Wenn es der Stadt gerade schlecht geht, kann

41 / 66

man auch einmal etwas davon verwenden. Wir halten es aber für falsch, gleich 10 Millionen Franken für Budgetkorrekturen zu verwenden.

S. 171	20 2027 3730 0700	FINANZDEPARTEMENT Gewerbe-Immobilien Übertrag nicht betriebsnotwendiger Überschüsse auf die Finanzverwaltung				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
082.	Antrag Stadtrat			4 000 000	10 000 000	Minderheit Mehrheit Walter Angst (AL) Referent, Dr. Urs Egger (FDP), Urs Schmid (FDP) Samuel Dubno (GLP) Referent, Präsident Roger Liebi (SVP), Vizepräsidentin Rebekka Wyler (SP), Andrea Nüssli-Danuser (SP), Dr. Daniel Regli (SVP), Karin Rykart Sutter (Grüne), Christine Seidler (SP), Florian Utz (SP)

Begründung: Höherer Übertrag möglich

Abstimmung gemäss Art. 43^{bis} Abs. 1 lit. a Gemeindeordnung (Ausgabenbremse) für den Antrag der Mehrheit:

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 100 gegen 22 Stimmen zu. Somit ist das Quorum von 63 Stimmen für die Ausgabenbremse erreicht.

Antrag 083.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Dr. Bernhard im Oberdorf (SVP): *Wir haben die Bauvorhaben an der Käshaldenstrasse immer abgelehnt und beantragen deshalb, dass die Planungs- und Projektierungsarbeiten nicht ausgeführt werden.*

Walter Angst (AL): *Die Stadt erhielt ein sehr baufälliges, denkmalgeschütztes Haus, mit der Auflage, diese zu erhalten. Die Mehrheit der RPK will diesen Auftrag auch umsetzen.*

Weitere Wortmeldung:

Thomas Schwendener (SVP): *Die Stadt musste das Haus in einem sehr schlechten Zustand annehmen. Es hätte schon lange abgerissen werden können. In den letzten zehn Jahren wurde viel Geld in dieses Haus investiert. Trotz einer erneuten Kreditbewilligung vor drei Jahren sieht es noch genau gleich aus.*

42 / 66

S. 173	20 2028 3182 0000	FINANZDEPARTEMENT Liegenschaften des Verwaltungsvermögens Entschädigungen für Planungs- und Projektierungsarbeiten Dritter				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
083.	Antrag Stadtrat				1 550 000	Mehrheit Walter Angst (AL) Referent, Vizepräsidentin Rebekka Wyler (SP), Samuel Dubno (GLP), Dr. Urs Egger (FDP), Andrea Nüssli-Danuser (SP), Karin Rykart Sutter (Grüne), Urs Schmid (FDP), Christine Seidler (SP), Florian Utz (SP)
			200 000		1 350 000	Minderheit Präsident Roger Liebi (SVP) Referent, Dr. Daniel Regli (SVP)
		Begründung: Verzicht auf Käshaldenstrasse				

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 94 gegen 25 Stimmen zu.

Antrag 084.

Kommissionsmehrheit/-minderheit:

Walter Angst (AL): *Es macht keinen Sinn, die Tiefgarage unter der Wohnsiedlung Hardau zu finanzieren. Wir würden keinen Ertrag dafür erhalten, denn bereits die Parkplätze gegenüber sind nicht genügend ausgelastet.*

Dr. Bernhard im Oberdorf (SVP): *Die Tiefgarage sollte gebaut werden, denn sonst kommt es womöglich noch dazu, dass man versucht, einen gesprochenen Betrag auf andere Projekte wie etwa Veloständer zu übertragen.*

S. 176	20 2031 3182 0000	FINANZDEPARTEMENT Wohnsiedlungen Entschädigungen für Planungs- und Projektierungsarbeiten Dritter				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
084.	Antrag Stadtrat				12 518 000	Minderheit Präsident Roger Liebi (SVP) Referent, Dr. Daniel Regli (SVP)
			1 130 000		11 388 000	Mehrheit Walter Angst (AL) Referent, Vizepräsidentin Rebekka Wyler (SP), Samuel Dubno (GLP), Dr. Urs Egger (FDP), Andrea Nüssli-Danuser (SP), Karin Rykart Sutter (Grüne), Urs Schmid (FDP), Christine Seidler (SP), Florian Utz (SP)

Begründung: Wohnsiedlung Hardau Umbau Parkgarage wird nicht ausgeführt

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 99 gegen 22 Stimmen zu.

Antrag 085.

Kommissionsmehrheit/-minderheit:

Karin Rykart Sutter (Grüne): Das Parkhaus Feldegg wurde von 2002 bis 2004 für 2,169 Millionen Franken aufwändig saniert. Die Decke wies Verformungen auf und musste aus Sicherheitsgründen unverzüglich saniert werden. Nun soll das Parkhaus erneut saniert werden. Für 4 Millionen Franken sollen unter anderem die Elektro- und Lüftungsanlagen ersetzt und der Eingang behindertengerecht gestaltet werden, obwohl die letzte Sanierung nur wenige Jahre zurückliegt. Die Dringlichkeit der Sanierung wurde mit jeder Rückfrage dringlicher. Bereits im Sommer musste notfallmässig 1 Million Franken investiert werden. Anhand der Webseite erhält man jedoch den Eindruck, dass vor allem mehr Kundschaft angelockt werden soll. Es wird mit Aktionen geworben. Firmen können ihr Logo auf die Rückseite der Tickets drucken lassen. Parkieren in einem Parkhaus soll zu einem Event werden. Es entsteht der Eindruck, dass das Parkhaus Feldegg mit der Sanierung zu den anderen Top-Parkhäusern aufschliessen soll. Die Mehrheit der RPK ist der Ansicht, dass die Renovation noch nicht absolut dringlich ist und deshalb aus dem Budget gestrichen werden kann.

Walter Angst (AL): Im Gegensatz zu den Gewerbeimmobilien sind die Parkhäuser kein sehr lukrativer Rechnungskreis der Liegenschaftenverwaltung. Die Rückstellungen erlauben es, die Sanierungsplanung zu finanzieren. Wenn jemand einzelne Parkhäuser schliessen möchte, soll er das kommunizieren. Dann kann man darüber sprechen. Selbstverständlich kann man sich daran stossen, dass nicht genutzte Parkplätze noch mit Aktionen promotet werden müssen. Beim Parkhaus Feldegg soll allerdings keine Luxussanierung stattfinden. Die Renovation ist ausgewiesen. Die Minderheit der RPK erachtet es als wenig sinnvoll, sie in der Hälfte der Umsetzung zu stoppen.

Weitere Wortmeldung:

Roger Liebi (SVP): Der Antrag ist unehrlich. Die Grünen versuchen hier, ihre Grundthemen Verkehr und weniger Parkplätze über das Feldegg-Parkhaus weiterzuführen. Das macht wirklich keinen Sinn, besonders nicht im Gebiet Seefeld, wo ein klarer Parkplatzmangel besteht. Die Grünen müssten es eigentlich gut finden, wenn die oberirdisch parkierten Autos in einem Parkhaus unterkommen könnten. Niemand will den aktuellen Parkplatzzustand im Seefeld aufrechterhalten. Wollen die Grünen die Parkmöglichkeiten minimieren, so sollen sie das auch so kommunizieren. Die SVP ist der Meinung, dass der Betrag überwiesen werden soll.

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Finanzdepartements Stellung.

STR Martin Vollenwyder: *Es handelt sich hier um gebundene Ausgaben. Das Parkhaus muss aufgrund der feuerpolizeilichen Auflagen saniert werden. Bei der Renovation vor rund zehn Jahren musste notfallmässig die Stabilität der Decke gesichert werden. Ein Einsturz hätte schwerwiegende Folgen gehabt. Nun müssen wir erneut eine Renovation vornehmen. Sie wird durch die betriebsnotwendigen Überschüsse aus den Parkhäusern sozusagen selber finanziert. Die Behindertenzugänglichkeit soll verbessert werden – es erstaunt mich, dass das nicht einhellig befürwortet wird. Ich möchte auch gleich auf den nächsten Antrag zu sprechen kommen. Es ist unehrlich, wenn man hier versucht, möglichst viel zu streichen, damit nachher möglichst nichts gemacht werden kann – auch in den gebundenen Ausgaben. Wir verzichten bereits auf die Sanierung der Hardau, weil es derzeit nichts bringen würde. Absichten sollten ehrlich kundgetan werden. Notfalls müssen die Parkplätze umgenutzt werden. Dann sollte sich aber niemand über das Aussterben der Geschäfte beklagen. Wenn auf den Tickets Aktionen gedruckt werden, gibt das eine interessante Grundaustausung.*

S. 180 **20** **FINANZDEPARTEMENT**
2032 **Parkhäuser**
3142 0102 **Renovationen der Liegenschaften des FV**

		Verbesserung	Verschlechterung	Betrag		Stimmen
085.	Antrag Stadtrat			3 354 000	Minderheit	Walter Angst (AL) Referent, Präsident Roger Liebi (SVP), Dr. Urs Egger (FDP), Dr. Daniel Regli (SVP), Urs Schmid (FDP)
		1 924 000		1 430 000	Mehrheit	Karin Rykart Sutter (Grüne) Referentin, Vizepräsidentin Rebekka Wyler (SP), Samuel Dubno (GLP), Andrea Nüssli-Danuser (SP), Christine Seidler (SP), Florian Utz (SP)

Begründung: Betrag für die Renovation PH Feldegg streichen

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 66 gegen 59 Stimmen zu.

Antrag 086.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Florian Utz (SP): *Der Stadtrat beantragte, 750 000 Franken aus dem geschlossenen Rechnungskreis zu entnehmen. Es wurde vorgeschlagen, diesen Betrag noch um eine halbe Million Franken zu erhöhen. Später zeigte sich, dass auf die Verschönerungsmassnahmen am Parkhaus Feldegg verzichtet werden kann. Dies soll unserer Meinung nach auch budgetwirksam sein. Die 1,9 Millionen Franken sollen das Defizit wirklich verkleinern, statt im geschlossenen Rechnungskreis belassen zu werden. Dieser ist bereits gut dotiert. Mit dem Folgeantrag wird die Budgetwirksamkeit gewährleistet.*

Walter Angst (AL): Die Grünen stellten zu Beginn den Antrag, die 750 000 Franken auf 1,25 Millionen Franken zu erhöhen und die 1,924 Millionen Franken, die wir gerade bei der Renovation gespart haben, auch noch zur Übertragung dazuzunehmen, um das 40-Millionen-Ziel zu erreichen. Die 750 000 Franken wurden nicht aus einem Betriebsertrag übernommen, sondern aus einer Entnahme aus der Rückstellung. Dieses Vorgehen befürworten wir nicht.

S. 180	20	FINANZDEPARTEMENT				
	2032	Parkhäuser				
	3730 0700	Übertrag nicht betriebsnotwendiger Überschüsse auf die Finanzverwaltung				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
086.	Antrag Stadtrat				750 000	Mehrheit
				2 424 000	3 174 000	Minderheit
						Enthaltung
		Begründung:	Mehr Geld in Stadtkasse			

Abstimmung gemäss Art. 43^{bis} Abs. 1 lit. a Gemeindeordnung (Ausgabenbremse) für den Antrag der Minderheit:

Der Rat lehnt den Antrag der Mehrheit mit 59 gegen 66 Stimmen ab. Somit ist das Quorum von 63 Stimmen für die Ausgabenbremse erreicht.

Antrag 087.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Urs Fehr (SVP): Wir sind der Meinung, dass bei der Produktegruppe-Globalbudget eine Saldoverbesserung von 1 % möglich sein sollte.

Walter Angst (AL): Der neue Chef des Steueramts hat das Globalbudget mit seinem Team genau analysiert und ein realistisches Budget aufgestellt. Hier nochmals die 1-Prozent-Klausel einzubringen, scheint der Mehrheit der RPK nicht sinnvoll.

46 / 66

S. 182	20 2040 PG 1	FINANZDEPARTEMENT Steueramt Laufende Rechnung: Produktgruppen-Globalbudget / Saldo				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
087.	Antrag Stadtrat				16 295 800	Mehrheit
			163 000		16 132 800	Minderheit
						Walter Angst (AL) Referent, Vizepräsidentin Rebekka Wyler (SP), Samuel Dubno (GLP), Dr. Urs Egger (FDP), Andrea Nüssli-Danuser (SP), Karin Rykart Sutter (Grüne), Urs Schmid (FDP), Christine Seidler (SP), Florian Utz (SP) Präsident Roger Liebi (SVP) Referent, Dr. Daniel Regli (SVP)
			Begründung: Saldoverbesserung 1 %			

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 100 gegen 24 Stimmen zu.

Antrag 088.

Kommissionsmehrheit/-minderheiten:

Samuel Dubno (GLP): Die Mehrheit der RPK beantragt, auf die zwei Stellenerhöhungen um 0,6 und 0,3 Stellen zu verzichten und die Aufgaben mit dem bestehenden Personal wahrzunehmen.

Dr. Bernhard im Oberdorf (SVP): Die Learning Solutions sind ein Fass ohne Boden. Hier gibt es immer Gutes zu erwirken. Es bleibt die Frage nach der Effizienz. So wird ständig nach höheren Ausgaben verlangt. Wir sind der Meinung, dass der Beitrag wieder auf das Budget vom letzten Jahr gesenkt werden sollte.

Walter Angst (AL): Die AL ist mit dem neuen SLS-Programm nicht sehr glücklich. Umgekehrt scheint es nicht sehr sinnvoll, in der zentralen HR-Struktur irgendwelche Sparmassnahmen zu vollziehen. Es ist wohl eher notwendig, im Zusammenhang mit der HR-Strategie ein konzeptionell zentrales HR aufzubauen. Hier sollten keine Kürzungsanträge gemacht werden.

S. 183	20 2050 3010 0000	FINANZDEPARTEMENT Human Resources Management Löhne des Verwaltungs- und Betriebspersonals				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
088.	Antrag Stadtrat				11 680 200	Minderheit 1
						Walter Angst (AL) Referent, Dr. Urs Egger (FDP), Urs Schmid (FDP)

47 / 66

343 400	11 336 800	Minderheit 2	Präsident Roger Liebi (SVP) Referent, Dr. Daniel Regli (SVP)
135 000	11 545 200	Mehrheit	Samuel Dubno (GLP) Referent, Vizepräsidentin Rebekka Wyler (SP), Andrea Nüssli-Danuser (SP), Karin Rykart Sutter (Grüne), Christine Seidler (SP), Florian Utz (SP)
Begründung: GLP/SP/Grüne: Verzicht auf Stellenerhöhung für Learning Solutions und SLS 2015, Aufgaben mit bestehendem Personal lösen; SVP: Zurück auf Budget 2012			

Abstimmung gemäss Art. 36 GeschO GR (gleichgeordnete Anträge):

Antrag Mehrheit	(11 545 200)	78 Stimmen
Antrag Stadtrat / Minderheit 1	(11 680 200)	22 Stimmen
Antrag Minderheit 2	(11 336 800)	<u>23 Stimmen</u>
Total		123 Stimmen
= absolutes Mehr		62 Stimmen

Damit ist dem Antrag der Mehrheit zugestimmt.

Gemeinsame Behandlung der Anträge 089 bis 091.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Urs Fehr (SVP): *Ich beziehe mich auf die Anträge 89. bis 91. Die Mitarbeitendenbefragungen sind überflüssig. Wir erwarten, dass die städtischen Angestellten bei Verbesserungsvorschlägen oder Problemen von sich aus tätig werden und sich an ihre Chefs oder an eine Ombudsstelle wenden. Dafür braucht es keine teure Mitarbeitendenbefragung.*

Walter Angst (AL): *Es handelt sich hier um eine Nachfolgebefragung vier Jahre nach der ersten. Nachdem die Befragung das letzte Jahr zurückgewiesen und auf das nächste Jahr verschoben wurde, wurden nun bei den Kosten Sparmassnahmen vorgenommen. Es soll geprüft werden, wie sich alles entwickelt hat und wie die nach der ersten Befragung ergriffenen Massnahmen gewirkt haben.*

48 / 66

S. 184	20 2050 3101 0000	FINANZDEPARTEMENT Human Resources Management Druck-, Reproduktions- und Vervielfältigungskosten				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
089.	Antrag Stadtrat				397 500	Mehrheit
			100 000		297 500	Minderheit
			Begründung: Verzicht auf Mitarbeitenden-Befragung			

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 95 gegen 26 Stimmen zu.

Antrag 090.

Wortmeldungen siehe Antrag 089. (Beschluss-Nr. 3404/2012).

S. 184	20 2050 3181 0000	FINANZDEPARTEMENT Human Resources Management Post- und Telekommunikationsgebühren				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
090.	Antrag Stadtrat				332 500	Mehrheit
			75 000		257 500	Minderheit
			Begründung: Verzicht auf Mitarbeitenden-Befragung			

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 92 gegen 26 Stimmen zu.

49 / 66

Antrag 091.

Wortmeldungen siehe Antrag 089. (Beschluss-Nr. 3404/2012).

S. 184	20 2050 3186 0000	FINANZDEPARTEMENT Human Resources Management Entschädigungen für Dienstleistungen Dritter im Zusammenhang mit Projektbegleitung, -beratung und Organisationsentwicklung				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
091.	Antrag Stadtrat				818 000	Mehrheit
			140 000		678 000	Minderheit
		Begründung:	Verzicht auf Mitarbeitenden-Befragung			
						Walter Angst (AL) Referent, Vizepräsidentin Rebekka Wyler (SP), Samuel Dubno (GLP), Dr. Urs Egger (FDP), Andrea Nüssli-Danuser (SP), Karin Rykart Sutter (Grüne), Urs Schmid (FDP), Christine Seidler (SP), Florian Utz (SP) Präsident Roger Liebi (SVP) Referent, Dr. Daniel Regli (SVP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 96 gegen 26 Stimmen zu.

Antrag 092.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Urs Fehr (SVP): *Das HRM will zusätzliche Sitzungsräume für 8000 Franken pro Jahr dazumieten. Die Stadt Zürich verfügt jedoch sicherlich in ihren Liegenschaften über Büroräumlichkeiten, die sie zur Verfügung stellen kann. Es ist unglaublich, dass dieser Antrag nicht genauer diskutiert wurde.*

Walter Angst (AL): *Es wurde tatsächlich nicht im Detail geklärt, aus welchen Gründen der Sitzungsraum benötigt wird. Die Mehrheit der RPK ist trotzdem der Meinung, dass man dem Stadtrat das Vertrauen aussprechen kann.*

Weitere Wortmeldung:

Urs Fehr (SVP): *Dieser Antrag ist tatsächlich überflüssig. Ich appelliere an die Flexibilität und den gesunden Menschenverstand. Es kann nicht sein, dass man für 8 000 Franken zusätzliche Büroräumlichkeiten dazumietet.*

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Finanzdepartements Stellung.

STR Martin Vollenwyder: Das Gebäude Werd verfügt über einen grossen Saal für 240 Personen. Jedes Jahr wird ein Eröffnungsanlass für 300 bis 320 neue Lehrlinge organisiert. Gemäss den feuerpolizeilichen Auflagen sind nicht mehr als 240 Personen im Saal erlaubt. Deshalb müssen wir für jeweils 8000 Franken das Schauspielhaus mieten. Wenn etwas stadintern vermietet wird, müssen wir das ausweisen. Sonst wird wieder beanstandet, wir würden etwas quersubventionieren, was nicht nötig sei. Es geht hier nicht um Büros. Für den Eröffnungsanlasse der Lehrlinge wird ein genügend grosser Saal benötigt.

S. 184	20 2050 3160 0000	FINANZDEPARTEMENT Human Resources Management Miete und Pacht von Liegenschaften				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
092.	Antrag Stadtrat				8 000	Mehrheit
			8 000		0	Minderheit
			Begründung: Stadt hat genügend Räumlichkeiten, bisher war das ausreichend			

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 99 gegen 23 Stimmen zu.

Antrag 093.

Kommissionsmehrheit/-minderheit:

Samuel Dubno (GLP): Dass die Stadt Zürich so viele Lehrlinge beschäftigt, zeigt, dass sie ein attraktiver Arbeitgeber ist – auch mit dem bestehenden Berufsmessestand. Die Mehrheit der RPK sieht nicht ein, weshalb für 150 000 Franken eine Neukonzeption für einen Messestand benötigt wird.

Dr. Urs Egger (FDP): Wenn Sie künftig dem Lehrlingswesen so wenig Gewicht zugehen wollen, dass Sie nicht einmal die entsprechenden Mittel für eine Neukonzeption eines Standes an der Berufsmesse sprechen wollen, sieht man, was schöne Worte wert sind. Wir beantragen, die Neukonzeptionierung durchzuführen.

Weitere Wortmeldungen:

Roger Tognella (FDP): Vor vielleicht 6 oder 7 Jahren diskutierten wir in der Sozialkommission darüber, wie wichtig es ist, Lehrlinge zu generieren und an Berufsmessen teilzunehmen und die Stadt Zürich zu vertreten. Ich bin sehr enttäuscht, dass die SP ihre Haltung geändert hat. Die Lehrlinge sollten als wichtig betrachtet werden. Sie stehen in einem Berufswahlprozess. Wenn es um einen IT-Messestand ginge, würde das Budget wohl sofort erhöht werden. Doch für Lehrlinge wird offenbar nicht gerne Geld ausgegeben.

Min Li Marti (SP): Die SP ist nach wie vor sowohl für die duale Bildung als auch dafür, dass die Stadt Lehrlinge ausbildet. Wir sehen aber nicht ein, weshalb man dafür 150 000 Franken für einen Stand ausgeben will.

Martin Luchsinger (GLP): Wir wollen nicht den gesamten Stand streichen oder nichts für die Lehrlinge tun. Ich glaube nicht, dass sich jemand bei der Stadt ausbilden lassen möchte, bloss weil die Stadt mit einem besonders trendigen Stand vertreten ist. Es sind ganz andere Faktoren, die die Stadt als Arbeitgeber attraktiv machen. Der Betrag für die Neukonzeption kann eingespart werden.

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Finanzdepartements Stellung.

STR Martin Vollenwyder: Wir haben diesen Stand seit 5 Jahren. Ich bin sehr erstaunt, dass die SP ausgerechnet an einem Ort, wo es um Berufsbildung und junge Menschen geht, 150 000 Franken einsparen will. Am Stand soll den Leuten bekannt gemacht werden, welche Palette an Lehrlingsausbildungen wir überhaupt anbieten. Der Stand wird unter anderem auch von vielen Secondos mit ihren Eltern besucht, die sich über die Lehrlingsausbildung informieren. Ich kann mich an Budgetdebatten erinnern, in denen zugunsten von Lehrlingen viel Geld gesprochen wurde. Doch wenn es nun darum geht, darüber zu informieren, was wir alles anbieten können, müssen die Lehrlinge hinten anstehen. Dieser Punkt darf nicht als Rettungsanker für das Budget benutzt werden. Eine Neukonzeption ist aufgrund des desolaten Zustands des Stands notwendig.

Weitere Wortmeldung:

Roger Tognella (FDP): Ich beantrage für diese Abstimmung Namensaufruf.

S. 184	20 2050 3186 0000	FINANZDEPARTEMENT Human Resources Management Entschädigungen für Dienstleistungen Dritter im Zusammenhang mit Projektbegleitung, -beratung und Organisationsentwicklung				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
093.	Antrag Stadtrat				818 000	Minderheit Dr. Urs Egger (FDP) Referent, Präsident Roger Liebi (SVP), Dr. Daniel Regli (SVP), Urs Schmid (FDP)

140	Fehr	Urs	SVP	NEIN
063	Feuillet	Dominique	SP	JA
071	Filli	Peider	Grüne	JA
031	Fischer-Schmitt	Renate	SP	JA
003	Frei	Dorothea	SP	NEIN
026	Garcia	Isabel	GLP	JA
124	Garzotto	Marina	SVP	NEIN
036	Gautschi	Adrian	GLP	JA
045	Glaser	Helen	SP	JA
009	Graf	Davy	SP	JA
033	Gut	Christoph	SP	JA
119	Hagger	Joachim	FDP	NEIN
156	Haller	Margrit	SVP	NEIN
144	Halser-Furrer	Michèle	EVP	JA
116	Hänni-Etter	Cäcilia	FDP	NEIN
176	Hauri	Theo	SVP	NEIN
050	Hintsch	Gustav	Parteilos	JA
029	Hochreutener	Andrea	SP	JA
147	Hohl	Marc	FDP	NEIN
011	Huber	Patrick Hadi	SP	JA
005	Hug	Christina	Grüne	JA
094	Hungerbühler	Markus	CVP	NEIN
037	Hüni	Guido	GLP	JA
127	Hüssy	Kurt	SVP	NEIN
112	im Oberdorf	Bernhard	SVP	NEIN
128	Jäger	Alexander	FDP	NEIN
070	Kälin	Simon	Grüne	JA
007	Käppeli	Hans Jörg	SP	JA
023	Käser	Philipp	GLP	JA
132	Kessler	Alain	FDP	NEIN
083	Kirstein	Andreas	AL	NEIN
054	Kisker	Gabriele	Grüne	JA
055	Knauss	Markus	Grüne	JA
041	Küng	Peter	SP	JA
069	Kunz	Markus	Grüne	JA
034	Landolt	Maleica	GLP	JA
131	Lauber	Tamara	FDP	NEIN
001	Leiser	Albert	FDP	NEIN
121	Liebi	Roger	SVP	NEIN
021	Luchsinger	Martin	GLP	JA
160	Mächler	Martin	EVP	NEIN
058	Makwana-Boss	Elisabeth	SP	JA
201	Manser	Joe A.	SP	JA

101	Mariani	Mario	CVP	NEIN
048	Marti	Min Li	SP	JA
072	Meier-Bohrer	Karin	Grüne	JA
092	Meier	Daniel	CVP	NEIN
138	Monn	Thomas	SVP	NEIN
157	Müller	Rolf	SVP	NEIN
022	Nabholz	Ann-Catherine	GLP	JA
018	Nüssli-Danuser	Andrea	SP	JA
042	Papageorgiou	Kyriakos	SP	JA
115	Pflüger	Severin	FDP	NEIN
086	Piller	Bernhard	Grüne	JA
087	Probst	Matthias	Grüne	JA
143	Rabelbauer	Claudia	EVP	JA
081	Recher	Alecs	AL	NEIN
173	Regli	Daniel	SVP	NEIN
006	Richli	Mark	SP	JA
012	Rothenfluh	Gabriela	SP	JA
053	Rykart	Karin	Grüne	JA
010	Sangines	Alan David	SP	JA
065	Savarioud	Marcel	SP	JA
171	Schatt	Heinz	SVP	NEIN
123	Scheck	Roland	SVP	NEIN
077	Scherr	Niklaus	AL	NEIN
154	Schlatter	Hedy	SVP	NEIN
130	Schmid	Michael	FDP	NEIN
148	Schmid	Urs	FDP	NEIN
103	Schönbächler	Marcel	CVP	NEIN
141	Schwendener	Thomas	SVP	NEIN
028	Seidler	Christine	SP	--
135	Sidler	Bruno	SVP	NEIN
016	Silberring	Pawel	SP	JA
120	Simon	Claudia	FDP	NEIN
105	Spiess	Christoph	SD	JA
165	Steger	Heinz F.	FDP	NEIN
088	Steiner	Kathy	Grüne	JA
019	Straub	Esther	SP	JA
027	Strub	Jean-Daniel	SP	JA
150	Tognella	Roger	FDP	NEIN
126	Tomezzoli	Ruggero	SVP	NEIN
099	Traber	Christian	CVP	NEIN
025	Trevisan	Guido	GLP	JA
108	Tuena	Mauro	SVP	NEIN
183	Urben	Michel	SP	JA

133	Uttinger	Ursula	FDP	NEIN
015	Utz	Florian	SP	JA
096	Virchaux	Jean-Claude	CVP	NEIN
052	Vocat	Fabienne Nicole	Grüne	JA
062	von Matt	Hans Urs	SP	JA
039	von Planta	Gian	GLP	JA
046	Wepf	Mirella	SP	JA
097	Weyermann	Karin	CVP	NEIN
024	Wiesmann	Matthias	GLP	JA
082	Wolff	Richard	AL	NEIN
066	Würth	Eva-Maria	SP	JA
020	Wüthrich	Katrin	SP	JA
047	Wyler	Rebekka	SP	JA
073	Wyss	Thomas	Grüne	JA

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 68 gegen 56 Stimmen zu.

Antrag 094.

Kommissionsmehrheit/-minderheiten:

Samuel Dubno (GLP): Es geht um das Outputmanagement, das an eine externe Firma vergeben wird. Diese stellt drei Fulltime-Equivalents (FTE) zur Verfügung. Diese erhalten einen Teamleiter und einen Supply-Delivery-Manager. Die Mehrheit der RPK beantragt den Verzicht auf den Teamleiter. Zwei Chefs für drei Personen sind unserer Meinung nach etwas gar viel. Wir beantragen die Kürzung auch in Anbetracht des hohen Betrages, der auf Konto 3010 in der Abteilung OIZ bereits eingestellt ist.

Patrick Blöchliger (SD): Die Aufblähung im IT-Bereich muss endlich gestoppt werden. Uns Schweizer Demokraten ist durchaus bewusst, dass heute immer mehr mit IT erledigt werden muss. Wir wissen aber auch aus eigener Erfahrung, dass alles Elektronische mit irgendwelchen Mängeln versehen ist. Anstatt dies einzusehen und entsprechend zu handeln, wird immer mehr Geld in die IT investiert. Wir wollen hier nicht mitmachen. Es handelt sich hier nicht um ein neues Projekt. Wir befinden uns bereits mitten im Teufelskreis. Für die Bearbeitung von laufenden Projekten wird Geld für zusätzliche Stellen beantragt. Genau darin liegt das Problem. Wir befürworten deshalb die Streichung der knapp 400 000 Franken.

Walter Angst (AL): Meiner Meinung nach sollten beide Stellen bewilligt werden. Es handelt sich um ein grösseres, bereits laufendes Projekt. Die gesamte Druckerlandschaft der Stadt wird auf eine neue Basis gebracht. Für das Projekt werden extern drei Mitarbeitende der Swisscom angestellt, die die Drucker installieren. Dazu kommen zwei Personen von der OIZ: Der Teamleiter leitet die drei Mitarbeitenden der Swisscom an und der Supply-Delivery-Manager sorgt dafür, dass die Qualität für die Mitarbeitenden

der Stadt Zürich aufrecht erhalten wird. Wir sollten zuerst abwarten, was man mit dieser neu geschaffenen Struktur erreicht wird. Wenn alles realisiert ist, kann der Stadtrat immer noch eine Stelle abbauen.

S. 190	20 2080 3010 0000	FINANZDEPARTEMENT Organisation und Informatik Löhne des Verwaltungs- und Betriebspersonals				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
094.	Antrag Stadtrat				43 366 400	Minderheit 1
			140 000		43 226 400	Mehrheit
094.a			398 300		42 968 100	Minderheit 2
		Begründung:	GLP/SVP/SP/Grüne: Verzicht auf Teamleiter gemäss Stellenbeschluss SD: Aufblähung des IT-Bereichs endlich stoppen!			

Abstimmung gemäss Art. 36 GeschO GR (gleichgeordnete Anträge):

Antrag Mehrheit	(43 226 400)	94 Stimmen
Antrag Stadtrat / Minderheit 1	(43 366 400)	22 Stimmen
Antrag Minderheit 2	(42 968 100)	<u>8 Stimmen</u>
Total		124 Stimmen
= absolutes Mehr		63 Stimmen

Damit ist dem Antrag der Mehrheit zugestimmt.

Antrag 095.

Kommissionsreferent:

Walter Angst (AL): *Ich spreche zu den Anträgen 95. und 96. Hier macht der Stadtrat den Vorschlag, das Budget zu reduzieren. Die Bank Vontobel baut die Kühlanlage im Rechenzentrum Albis selber und die Stadt hat weniger Investitionen.*

57 / 66

S. 192	20 2080 3310 0000	FINANZDEPARTEMENT Organisation und Informatik Ordentliche Abschreibungen auf Investitionen und Sachgütern des VV				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
095.	Antrag Stadtrat				32 344 600 2 030 000 N 33 494 600	Zustimmung
			880 000			Walter Angst (AL) Referent, Präsident Roger Liebi (SVP), Vizepräsidentin Rebekka Wyler (SP), Samuel Dubno (GLP), Dr. Urs Egger (FDP), Andrea Nüssli-Danuser (SP), Dr. Daniel Regli (SVP), Karin Rykart Sutter (Grüne), Urs Schmid (FDP), Christine Seidler (SP), Florian Utz (SP)
		Begründung:	Anlage unterbrechungsfreie Stromversorgung und Kältemaschinen im 3. OG des Rechenzentrums Albis werden vom Drittmietler (Bank Vontobel) erstellt			

Der Rat stimmt dem Antrag der RPK mit 122 gegen 0 Stimmen zu.

Antrag 096.

Wortmeldung siehe Antrag 095. (Beschluss-Nr. 3404/2012).

S. 192	20 2080 506201	FINANZDEPARTEMENT Organisation und Informatik Anschaffung IT-Anlagen Hardware				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
096.	Antrag Stadtrat				33 015 000 9 400 000 N 38 015 000	Zustimmung
			4 400 000			Walter Angst (AL) Referent, Präsident Roger Liebi (SVP), Vizepräsidentin Rebekka Wyler (SP), Samuel Dubno (GLP), Dr. Urs Egger (FDP), Andrea Nüssli-Danuser (SP), Dr. Daniel Regli (SVP), Karin Rykart Sutter (Grüne), Urs Schmid (FDP), Christine Seidler (SP), Florian Utz (SP)
		Begründung:	Gemäss Schreiben FV vom 13.11.12, siehe Begründung zu Kto. 2080 3310 0000			

Der Rat stimmt dem Antrag der RPK mit 121 gegen 0 Stimmen zu.

POLIZEIDEPARTEMENT

Antrag 097.

Kommissionsmehrheit/-minderheiten:

Florian Utz (SP): Die Graffitidatenbank im Polizeidepartement wird nach einer gewissen Zeit automatisch vernichtet. Unserer Meinung nach macht es durchaus Sinn, vorgängig zu prüfen, ob die Bestände kulturhistorisch wertvoll sind und allenfalls dem Stadtarchiv übergeben werden können. Die Prüfung kostet rund 5000 Franken – eher ein symbolischer Betrag.

Kurt Hüssy (SVP): Wir beantragen eine Verbesserung um 11 500 Franken. Private Dienstleistungsunternehmen erreichen mit dem halben Budget doppelt so viel. In der Verwaltung ist genügend Personal vorhanden. Die Mitarbeitenden sind selber imstande, diese Arbeiten auszuführen, ohne dass zusätzliche Kosten verursacht werden. Trauen Sie den Mitarbeitenden etwas zu.

Dr. Urs Egger (FDP): Die Haltung von Florian Utz (SP), die 5000 Franken einfach so schnell auszugeben, passt nicht zu dieser Situation und auch nicht zur Fraktionserklärung der SP. Wir wollen keine Verschlechterung und bleiben beim Stadtrat.

S. 195	25 2500 3186 0000	POLIZEIDEPARTEMENT Polizeidepartement Zentrale Verwaltung Entschädigungen für Dienstleistungen Dritter im Zusammenhang mit Projektbegleitung, -beratung und Organisationsentwicklung				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
097.	Antrag Stadtrat				61 500	Minderheit 1 Dr. Urs Egger (FDP) Referent, Urs Schmid (FDP)
			11 500		50 000	Minderheit 2 Präsident Roger Liebi (SVP) Referent, Dr. Daniel Regli (SVP)
				5 000	66 500	Mehrheit Florian Utz (SP) Referent, Vizepräsidentin Rebekka Wyler (SP), Walter Angst (AL), Samuel Dubno (GLP), Andrea Nüssli-Danuser (SP), Karin Rykart Sutter (Grüne), Christine Seidler (SP)
		Begründung:	GLP/Grüne/AL/SP: Abklärung durch interessierteN KulturhistorikerIn, ob die Bestände der Graffitidatenbank der Stadtpolizei nützlich sind und allenfalls dem Stadtarchiv übergeben werden können; SVP: Muss und kann intern gelöst werden			

Abstimmung gemäss Art. 36 GeschO GR (gleichgeordnete Anträge) und Art. 43^{bis} Abs. 1 lit. a Gemeindeordnung (Ausgabenbremse) für den Antrag der Mehrheit.

59 / 66

Antrag Mehrheit	(66 500)	71 Stimmen
Antrag Stadtrat / Minderheit 1	(61 500)	26 Stimmen
Antrag Minderheit 2	(50 000)	<u>26 Stimmen</u>
Total		123 Stimmen
= absolutes Mehr		62 Stimmen

Damit ist dem Antrag der Mehrheit zugestimmt. Das Quorum von 63 Stimmen für die Ausgabenbremse ist erreicht.

Antrag 098.

Kommissionsreferent:

Samuel Dubno (GLP): *Ich spreche zu den Anträgen 98. und 101. Die Parkfelder und die blauen Zonen werden im Schnitt alle 7 Jahre erneuert. Die Mehrheit der RPK ist der Meinung, dass die durchschnittliche Erneuerung auf 8 Jahre verlängert werden kann.*

S. 197	25	POLIZEIDEPARTEMENT			
	2505	Parkgebühren			
	3149 0000	Unterhalt übriger Anlagen			
		Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
098.	Antrag Stadtrat			700 000	
		40 000		660 000	Zustimmung
					Samuel Dubno (GLP) Referent, Präsident Roger Liebi (SVP), Vizepräsidentin Rebekka Wyler (SP), Dr. Urs Egger (FDP), Andrea Nüssli-Danuser (SP), Dr. Daniel Regli (SVP), Karin Rykart Sutter (Grüne), Urs Schmid (FDP), Christine Seidler (SP), Florian Utz (SP)
					Enthaltung Walter Angst (AL)

Begründung: Felder durchschnittlich alle 8 statt alle 7 Jahre erneuern

Der Rat stimmt dem Antrag der RPK mit 123 gegen 0 Stimmen zu.

Antrag 099.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Roger Liebi (SVP): Unter dem Konto Parkgebühren befindet sich auch die Ordnungsbussen-Administration. Unserer Meinung nach soll auf eine Abgeltung verzichtet werden.

Florian Utz (SP): Der Antrag der SVP führt weder zu Minder- noch zu Mehrausgaben. Am Ende des Tages wird es zwei Folgebuchungen geben: Eine Verschlechterung im Rechnungskreis und eine in der laufenden Rechnung. In der laufenden Rechnung wird das Budget mit diesem Antrag um 4,5 Millionen Franken vergrössert. Die zweite Folge: Wenn es nicht mehr über Parkgebühren, sondern über die Stadtkasse finanziert wird, müssen es die Stadtzürcherinnen und Stadtzürcher bezahlen. Die Parkgebühren werden aber von allen Autofahrerinnen und Autofahrern bezahlt, auch von denen, die ausserhalb der Stadt wohnen.

Weitere Wortmeldung:

Dr. Urs Egger (FDP): Es geht nicht darum, Zahlen herumschieben. In die ganze Gebührenthematik muss eine gewisse Ordnung gebracht werden. Die FDP hat einige Postulate und Motionen zu diesem Thema eingereicht. Wir müssen dies endlich einmal anders aufgleisen. Dies ist ein erster Schritt in diese Richtung.

S. 197	25 2505 3980 0367	POLIZEIDEPARTEMENT Parkgebühren Vergütung an Stadtpolizei für Ordnungsbussen-Administration				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
099.	Antrag Stadtrat				4 500 000	Mehrheit
			4 500 000		0	Minderheit
						Florian Utz (SP) Referent, Vizepräsidentin Rebekka Wyler (SP), Walter Angst (AL), Samuel Dubno (GLP), Andrea Nüssli-Danuser (SP), Karin Rykart Sutter (Grüne), Christine Seidler (SP) Präsident Roger Liebi (SVP) Referent, Dr. Urs Egger (FDP), Dr. Daniel Regli (SVP), Urs Schmid (FDP)
			Begründung: Verzicht auf Abgeltung			

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 82 gegen 41 Stimmen zu.

Antrag 100.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Roland Scheck (SVP): Wir beantragen, die Online-Anbindung der mobilen Datenerfassungsgeräte um ein halbes Jahr zu verschieben. Es geht nicht darum, auf das Projekt zu verzichten, sondern um eine Optimierung auf der Zeitachse. Damit kann für 2013 eine Budgetverbesserung von 220 000 Franken erreicht werden. Die Fertigstellung des Projekts erfolgt im Jahr 2014. In Anbetracht der angespannten Finanzlage ist diese Massnahme durchaus vertretbar.

Florian Utz (SP): Es ist mir unverständlich, weshalb Geräte ein halbes Jahr später weniger teuer sein sollen. Man muss auch ein halbes Jahr später immer noch gleich viele Geräte kaufen. Es ist allenfalls möglich, dass elektronische Geräte über die Zeit etwas günstiger werden, weil sie dann nicht mehr so aktuell sind, doch der Preis wird sicherlich nicht auf die Hälfte sinken.

Weitere Wortmeldungen:

Marc Bourgeois (FDP): Ich werde mich zum vorliegenden und einigen weiteren Kürzungsanträgen der SVP und der AL äussern. Im Bericht der Polizei vom 6. Dezember wurde die Berechnung der Polizeistellen dargelegt. Ein Polizist verbringt ungefähr 35 % seiner Zeit auf der Strasse. Wenn er durch bessere Geräte 1 % mehr auf der Strasse sein kann, wenn man der Polizei die Möglichkeit gibt, ihre betrieblichen Abläufe zu optimieren, bedeutet das 60 Polizistenstellen mehr auf der Strasse. Dazu werden rund 10 Millionen Franken benötigt. Will man hier sparen, spart man definitiv am falschen Projekt. Wenn die AL nun bei Antrag 102 sagt, die Polizei soll effizienter werden und dadurch Stellen einsparen, und einen Antrag später bessere Rapportierungssysteme für die Polizei ablehnt, passt das nicht zusammen. Die zusätzlichen Stellen werden schon allein aufgrund der Strafprozessordnung und der 24-Stunden-Gesellschaft benötigt. Die neue Technologie würde es der Polizei ermöglichen, die zusätzlichen Stellen nicht nur durch Stellenwachstum zu schaffen. Sie hätte dadurch auch die Möglichkeit, Effizienzoptimierungen vorzunehmen. Die FDP wird die Kürzungsanträge nicht unterstützen.

Mauro Tuena (SVP): Marc Bourgeois (FDP) hat Recht im Bezug auf die Anträge 102., 103. und 104. Wir sprechen hier allerdings über Antrag 100. Der von Roland Scheck (SVP) begründete Kürzungsantrag hat mit der Begründung von Marc Bourgeois (FDP) nichts zu tun. Bezüglich der kommenden Anträge sind wir aber der gleichen Meinung wie die FDP.

62 / 66

S. 199	25 2506 3111 0303	POLIZEIDEPARTEMENT Blaue Zonen Anschaffungen Maschinen, Geräte und Einrichtungen				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
100.	Antrag Stadtrat				820 000	Mehrheit
			220 000		600 000	Minderheit
			Begründung: Verzicht auf Projekte			
						Florian Utz (SP) Referent, Vizepräsidentin Rebekka Wyler (SP), Walter Angst (AL), Samuel Dubno (GLP), Dr. Urs Egger (FDP), Andrea Nüssli-Danuser (SP), Karin Rykart Sutter (Grüne), Urs Schmid (FDP), Christine Seidler (SP) Präsident Roger Liebi (SVP) Referent, Dr. Daniel Regli (SVP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 99 gegen 23 Stimmen zu.

Antrag 101.

Wortmeldung siehe Antrag 098. (Beschluss-Nr. 3404/2012).

S. 199	25 2506 3149 0000	POLIZEIDEPARTEMENT Blaue Zonen Unterhalt übriger Anlagen				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
101.	Antrag Stadtrat				566 000	
			70 000		496 000	Zustimmung
						Samuel Dubno (GLP) Referent, Präsident Roger Liebi (SVP), Vizepräsidentin Rebekka Wyler (SP), Dr. Urs Egger (FDP), Andrea Nüssli-Danuser (SP), Dr. Daniel Regli (SVP), Karin Rykart Sutter (Grüne), Urs Schmid (FDP), Christine Seidler (SP), Florian Utz (SP) Enthaltung Walter Angst (AL)
			Begründung: Budget wie 2012 muss reichen, Felder durchschnittlich alle 8 statt alle 7 Jahre erneuern			

Der Rat stimmt dem Antrag der RPK mit 119 gegen 0 Stimmen zu.

Antrag 102.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Walter Angst (AL): *Wir sind deutlich vorwärtsgekommen bei der Frage, wie Effizienzsteigerungsmöglichkeiten und personeller Mittelbedarf zusammenhängen. Ob die Stadtpolizei mehr Leute auf der Strasse in Einsatz bringen kann, hängt davon ab, ob Optimierungspotenzial besteht. In der Praxis ist die Herleitung des Bedarfs nicht ganz transparent und plausibel. Zahlen zur Polizeidichte: In Genf kommen 390 Einwohner auf einen Polizisten, in Zürich 222. Gleichzeitig wurde gesagt, die beiden Städte seien nicht vergleichbar, da die Struktur grosse Unterschiede aufweise. Ich kann nicht ganz nachvollziehen, dass man daraus den Schluss zieht, dass man aufgrund dieser Benchmarks genau die zusätzlichen Mittel braucht und dies nicht durch Umlagerung erreichen kann. Laut Spezialisten ist die politische und gesellschaftliche Diskussion ein stark treibender Faktor. Die Daten bilden nicht eine explosionsartige Zunahme der Kriminalität ab, sondern den gesteigerten Bedarf nach einem Sicherheitsgefühl. Dieses löst den Bedarf an zusätzlichen Polizisten auf der Strasse aus. Dieser Ansatz ist sehr interessant und könnte eine erste Grundlage sein. Danach kann entschieden werden, ob der Mittelbedarf in Zusammenhang mit den zusätzlichen Rationalisierungen wirklich durch einen Ausbau des Polizeibudgets realisiert werden muss. Unserer Meinung nach gibt es aufgrund der Daten sehr wohl Optimierungs- und Umlagerungspotenzial, gerade im IT-Bereich. Es gibt zusätzlich auch Optimierungspotenzial durch rationellere Prozesse. Die zusätzlichen Mittel sollten nicht bewilligt werden. Die Polizei sollte beauftragt werden, die zusätzlichen Uniformpolizisten über Umlagerungen zu finanzieren. Die frei werdenden Mittel sollten für andere Dinge wie den schnelleren Ausbau der Kinderbetreuung eingesetzt werden.*

Florian Utz (SP): *Für die Mehrheit sind drei Gründe zentral. Erstens die bereits von Marc Bourgeois (FDP) erwähnte 24-Stunden-Gesellschaft. Ich bin kein Gegner dieser Gesellschaft. Ich glaube aber auch, dass eine personelle Aufstockung – insbesondere in der Nacht – gerechtfertigt ist. Der zweite Grund liegt in der neuen Strafprozessordnung, die vor allem zu einer Delegation von Einvernahmen führte. Diese bedeutet für die Polizei einen Mehraufwand und dadurch einen gewissen Stellenaufwand. Der dritte Grund liegt im Bevölkerungswachstum von jährlich 1 %. Dieses Prozent entspricht ungefähr dem Ausbau der Polizei um 15 Stellen.*

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Polizeidepartements Stellung.

STR Daniel Leupi: *Der Bericht beantwortet tatsächlich nicht alle Fragen. Im ersten Quartal des nächsten Jahres werden wir zu diesem Thema eine Generaldebatte führen. Selbstverständlich muss dauernd nach Rationalisierungspotenzial gesucht werden. Die Rationalisierung alleine reicht jedoch nicht. Viele Prozesse wurden bereits verbessert. Die Hauptgründe für die Stellenerhöhung liegen in der Überzeit, der Strafprozessordnung und der Nachtpräsenz. Für die Nachtpräsenz muss allerdings zuerst ein sinnvolles, personalverträgliches Modell gefunden werden. Gleichzeitig ist es aber nicht hilfreich, einfach 100 Stellen aufzustocken. Über das aktuelle Arbeitszeitenmodell ist nur ein Fünftel der Mitarbeitenden tatsächlich am Wochenende nachts präsent. Zentral ist,*

dass wir die Überzeiten der Uniformpolizei senken können. Hier sind wir auf einem guten Weg. Die 15 Stellen sind ein Beitrag.

Weitere Wortmeldung:

Florian Utz (SP): Zur Präzisierung: Meine drei Argumente waren die Argumente der RPK oder zumindest meine eigenen Argumente. Die Überstunden konnten bereits jetzt um 30 000 Stunden abgebaut werden und sind daher nicht unbedingt das beste Argument. Im Ergebnis sind wir uns aber einig.

S. 202	25 2520 3010 0000	POLIZEIDEPARTEMENT Stadtpolizei Löhne des Verwaltungs- und Betriebspersonals				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
102.	Antrag Stadtrat				211 241 400	Mehrheit
					1 145 000	Minderheit
			Begründung: Ausbau allgemeiner Polizeidienst (10), Kripo (5) und ZAS (0,5) ist durch weitere Optimierungsmassnahmen und Abbau im Bereich zentrale Dienste und Backoffice (ca. 230 Stellen) zu vollziehen			
					210 096 400	Walter Angst (AL) Referent

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 120 gegen 5 Stimmen zu.

Gemeinsame Behandlung der Anträge 103. und 104

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Walter Angst (AL): Uns ist bewusst, dass mit den Massnahmen enorme Potenziale für Rationalisierungen vorhanden sind. Gleichzeitig ist mit den Prozessen auch enormes Potenzial zur Vervielfachung der polizeilichen Kontrolle vorhanden. Personen, die sich zur falschen Zeit am falschen Ort aufhalten, können zu Hunderten in solchen Computern aufgeführt sein. Die Grundlagen dafür werden mit der Informatisierung der Polizeiarbeit geschaffen. Wir stehen diesen Massnahmen mit grösster Zurückhaltung gegenüber. Es ist nicht klar, ob Stadtrat Daniel Leupi dafür sorgt, dass der potenzielle Missbrauch reduziert wird und was er bezüglich des Datenschutzes unternimmt. Gerade beim Programm Rapportierung+ sollte die Stadtpolizei Zürich nicht investieren. Sie stellt schweizweit ungefähr 30 % aller Neuentwicklungen. Ist das wirklich die Aufgabe der Zürcher Stadtpolizei oder könnte die Aufgabe auch anderen Diensten übertragen werden?

Florian Utz (SP): Marc Bourgeois (FDP) hat vorher bereits die wichtigsten Argumente aufgeführt. Zum Datenschutz: Der Datenschutz ist selbstverständlich wichtig. Wir glauben aber, dass man entsprechende Regelungen in den Datenschutzverordnungen verankern muss. Es wäre nicht richtig, Technologien zu verbieten, die eine Effizienzsteigerung bedeuten könnten. Effizienzsteigerung bedeutet auch, dass man die Rapportierung von Bagatellen eher in Frage stellt und zurückhaltend vorgeht. Dieser Aspekt sollte über die Datenschutzverordnung statt über einen Verzicht der Technologien geregelt werden.

Weitere Wortmeldung:

Walter Angst (AL): Es geht darum, dass nicht in Massen Daten gesammelt, gespeichert und abgelegt werden sollen. Es geht um die Vorratsdatenspeicherung, nicht um die von Florian Utz (SP) gestellten Fragen.

S. 204	25 2520 3189 0000	POLIZEIDEPARTEMENT Stadtpolizei Entschädigungen für IT-Leistungen Dritter				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
103.	Antrag Stadtrat				2 190 000	Mehrheit
					150 000	Minderheit
			Begründung:	Verzicht auf Rapportierung+ (falls Antrag Kto. 2520 3010 0000 abgelehnt wird)		
					2 040 000	Walter Angst (AL) Referent

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 118 gegen 5 Stimmen zu.

Antrag 104.

Wortmeldungen siehe Antrag 103. (Beschluss-Nr. 3404/2012).

66 / 66

S. 206	25 2520 501411	POLIZEIDEPARTEMENT Stadtpolizei Anschaffungen von IT-Anlagen Hardware				
			Verbesserung	Verschlech- terung	Betrag	Stimmen
104.	Antrag Stadtrat				900 000	Mehrheit Florian Utz (SP) Referent, Präsident Roger Liebi (SVP), Vizepräsidentin Rebekka Wyler (SP), Samuel Dubno (GLP), Dr. Urs Egger (FDP), Andrea Nüssli-Danuser (SP), Dr. Daniel Regli (SVP), Karin Rykart Sutter (Grüne), Urs Schmid (FDP), Christine Seidler (SP)
			200 000		700 000	Minderheit Walter Angst (AL) Referent
			Begründung: Verzicht auf Beschaffung iPad für Rapportierung+ (falls Antrag Kto. 2520 3010 0000 abgelehnt wird)			

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 115 gegen 5 Stimmen zu.

Die Sitzung wird beendet (Fortsetzung der Budgetberatung siehe Sitzung Nr. 153, Protokoll-Nr. 3404/2012).

Im Namen des Gemeinderats

Präsidium

Sekretariat